

Wöchentlich 76 Bl., monatlich 2,25 M. (davon 67 Bl. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Bl. Postzeitungs- und 72 Bl. Postbestellgebühren. Auslandsendabonnements 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungswweise und Anzeigenpreise siehe am Schluss des redaktionellen Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. S. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66

Nazis jekt gegen Barone.

Bernichtungskampf den Deutschnationalen angefangt.

Dem Beurteilten steht seit altersher das Recht zu, eine Weile über die Richter zu schimpfen.

Von diesem Vorecht macht auch das Organ des Dr. Goebbels in aller Form Gebrauch. Nachdem Hindenburg den „Führer“ hat abbilden lassen, schimpft der „Angriff“ wie ein Rohrspatz auf das reaktionäre Intrigantentum, besonders aus dem Hugenberg-Lager, auf die „reaktionären Dolchstähler“, mit dem restlos ausgeräumt werden und die „im Augenblick gefährlicher als selbst der Marxismus“ seien!

Das will schon allerlei heißen. Der „Marxismus“ — wie ihn die Nazis verstehen — war doch bisher das größte aller Uebel. Aber jetzt gibts plötzlich noch ein größeres: „die Clique von größtmöglichen Reaktionen und egoistischen Saboteuren des nationalen Freiheitswillens, die sich im Hugenberg-Lager zusammengefunden und aus engstirniger Parteiverbohrtheit noch einmal die Macht ergreifung Adolf Hitlers und damit die deutsche Freiheitshebung durch übelste Intrigen hinausgeschoben hat.“

Wie herrlich die „aufbauwilligen Kräfte“ des Herrn von Papen doch zu schimpfen verstehen, nachdem ihnen etwas schief gegangen ist. Da sie versteigen sich sogar zu — doch das muß man wörtlich genießen:

„Eine Diktatur gegen das gesamte Volk aber ist auf die Dauer unmöglich, auch wenn man noch so viele Bajonette besitzt, und das geheimräthliche Bäschlein des Herrn Hugenberg allein bietet auch noch keine geeignete Plattform für eine Regierung. Diese Grundlage wäre zu schwabbelig.“

Bisher war es die Spitze eines guten Wipps, wenn man die „Postwangen der marxistischen Bonzen“ sabulierte und die jungen Leute bei Hugenbergs haben wacker darin mitgetan. Jetzt soll das „geheimräthliche Bäschlein“ eine neue Zierde des nationalen Wipps werden. Da kommen aber die Herrschaften von „Lokal-Anzeiger“ und von der sittenstrengen „Nachtausgabe“ in eine peinliche Verlegenheit!

Wir sehen inzwischen dem ergöglichen Kampf zwischen den germanischen Helden mit und ohne Bäschlein mit sehr gemischten Gefühlen zu. Denn es will uns schier bedünken . . .

Adolf hat immer recht!

Grundsätzliche Betrachtungen seiner Offiziösen.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. in München, die dem großen Adolf unmittelbar unterstellt ist, veröffentlicht sogenannte „grundsätzliche Betrachtungen“, in denen es heißt:

„Hitlers Ablehnung der Bizekanzlerschaft unter der Herrschaft von Papens war eine Tath. Diese Entscheidung des Führers ist dem nationalen Deutschland aus der Seele gesprochen. Der durchsichtige Versuch, die NSDAP. durch einen wohlüberlegten Schritt, durch eine Befastung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit, gewissermaßen auf faltem Wege zu erlebigen, ist an dem klaren und weitblickenden Entschluß des Führers restlos gescheitert. Der Führer ist sich selbst, der Bewegung und dem Volke treu geblieben! Die NSDAP. hat sich nicht um ein paar Ministerstellen an jene Kräfte verkauft, die gegen den Willen des Volkes regieren und ihm durch die Zerstückelung der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung die Waffe aus der Hand winden wollten, die allein imstande ist, den gordischen Knoten des deutschen Schicksals zu zerhacken. Um des Volkes willen hat der Führer ein für die Mentalität der bürgerlichen und marxistischen Parteien sicherlich verlockendes Angebot zurückgewiesen. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die die Kerne der Armen aus schwerster belastende und für die NSDAP. untragbare Notverordnung, kann niemals die Politik der NSDAP. sein. Eine Regierung, in der die NSDAP. nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können. . . Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden (mit 63 Proz. der Stimmen gegen Hitler! Red. d. „Vorwärts“) und dem nunmehr auch die Staatspolitik Rechnung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert. Von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung ist seitens der NSDAP. nicht die Rede gewesen. Aber was über allem politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zubilligt, wird der NSDAP. unter den sadistischsten Benennungen vorenthalten. Darauf konnte es für den Führer der NSDAP. nur eine Antwort geben, und zwar: Nein! Wie richtig Adolf Hitler gehandelt hat, wird die Zukunft zeigen.“

Am größtem Selbstlob hat es bei dem „Führer“ nie gefehlt. Und was er selbst auf diesem Gebiete noch nicht gelernt hatte, das haben die zahlreichen Offiziere in seiner Umgebung nach bewährtem Muster der Kriegspressequartiere zusammengelobhudelt. Der Schmus der Raifoz. Parteikorrespondenz paßt ganz in das Bild von Schmuffolinien!

SA. spielt mit dem Feuer.

„Auf den Barricaden sehen wir uns wieder.“

Eberswalde, 15. August. (Eigenbericht.)

Der stellvertretende Kommandierende der Berliner Sturmtrupps, Major von Arnim, staitete am Sonnabendnachmittag in einem Flugzeug den 60 SA-Führern, die seit einigen Tagen auf Schloß Harnetop bei Bad Freienwalde, dem früheren Hoefeler-Besitz, untergebracht sind, um an Sonderkursen für Maschinengewehr und Gasangriffe teilzunehmen, einen Besuch ab.

Nach einer Besichtigung mehrerer Angriffsmethoden, die die SA-Führer vorführten, hielt Major von Arnim folgende Ansprache: „Wir hoffen, daß die Besprechung, die in dieser Stunde zwischen unserem Führer und Hindenburg stattfindet, zur Erfüllung unseres billigen Verlangens führen und Hitler zum Reichskanzler ernannt werden wird. Sollte es aber nicht dazu kommen, werden wir kämpfen.“

Ihr wißt, daß seit Montag die Sturmtrupps marschbereit sind. In ganz Deutschland sind wir zur Mobilisierung und zum Marsch auf Berlin vorbereitet. Es braucht nur auf den Knopf gedrückt zu werden und die Truppen ziehen los.

Wir hoffen, daß wir die Macht mit legalen Mitteln erlangen können. Wir werden uns aber auch nicht scheuen, illegal vorzugehen, wenn das der einzige Weg zur Macht ist.“

Am Sonntagmorgen wurde an die SA-Führer plötzlich der Befehl ausgegeben, sich selbstermächtig gerüstet in Bereitschaft zu halten. Sonntag mittag wurde den Führern mitgeteilt, daß sie sofort wieder ihren Truppenteilen in den einzelnen Orten und Städten zugeteilt werden würden.

Am Nachmittag erschienen ungefähr acht bis zehn Automobile, die einen Teil der SA-Leute von Schloß Harnetop nach Berlin zurückbrachten.

Die übrigen Führer wurden mit der Eisenbahn nach Berlin gebracht. Bezeichnend ist der nachstehende Vorfall auf dem Bahnhof Sternbeck, der nächsten Bahnstation. Von Schloß Harnetop her marschierten sämtliche SA-Führer in voller Ausrüstung am Sonntagnachmittag noch einmal vor dem Bahnhof auf. Nach Absingen des Horst Wessel-Liedes trennten sich die Führer. Als der Zug aus der Station fuhr, riefen die Führer der vor dem Bahnhof stehenden Volksmenge zu: „Auf den Barricaden sehen wir uns wieder.“

Zur Stärkung der Staatsautorität.

Bracht ebnet der SA. den Weg in die Polizei.

Bracht, der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, lockert auch die letzten Beschränkungen, die dem Eindringen der SA-Leute in den Polizeikörper gezogen waren. Wegen unflätiger Angriffe auf „das System“ war durch Severing im Jahre 1930 den preußischen Polizeibeamten jede Betätigung für den sogenannten „Verband der Schutzpolizeibeamten Preußens“ während des Dienstes und in den Polizeiuferkünften verboten worden, ebenso die Verbreitung des Organs dieser kleinen Gruppe „Die preußische Schutzpolizei“.

Es handelt sich um die in Polizeikreisen unter dem Namen „Sosaupit-Verband“ bekannte, unter dem Einfluß des Abgeordneten Borek stehende Vereinigung, die zwar klein an Zahl, aber als Nazizelle in der Polizei desto unterschämter in ihrer Redeform war. Dr. Bracht hat nun den Verbotsersaß Dr. Severings aufgehoben, die Betätigung für die genannte Nazizelle ausdrücklich freigegeben, den Behörden auch wieder amtliche Beziehungen zu diesem Verband verordnet und sich nur darauf beschränkt, dem Verbandsorgan mit väterlicher Mahnung eine „maßvolle und sachliche Sprache“ zu empfehlen. Man sieht, daß das Bracht-Kommissariat die Autorität des Staates in aller Form „wiederherstellt“.

Attentatschwindel zusammengebrochen. Der Ire Don Malone, der wegen angeblicher Attentatsabsichten auf den englischen Minister Thomas in Ottawa verhaftet worden war, ist von den Einwanderungsbehörden angemessen worden, Kanada zu verlassen. Bei den Verhandlungen vor dem Polizeigericht wurde kein Beweismaterial für seine angeblichen kommunistischen Absichten erbracht.

Adolfo Schmuffolini.

Der deutsche Mächtiger-Diktator.

Nun sind Hitlers Pläne endlich und unwiderleglich enthüllt; über die ausführliche amtliche Darstellung hinaus, die am Sonnabend nach dem Empfang des nationalsozialistischen Führers durch den Reichspräsidenten herausgegeben wurde, sind noch von Regierungsseite einige Ergänzungen bekanntgegeben worden. Diese Einzelheiten gipfeln in der Mitteilung, daß Hitler vom Reichspräsidenten — und zwar wörtlich — „die gleiche Stellung für sich verlangt hat wie Mussolini nach dem Marsch auf Rom.“

Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll: über den Größenwahn, der aus diesem Verlangen spricht, oder über die Dreistigkeit, mit der der Regierungsrat aus Braunschweig, der selber bereits den Eid auf die Reichsverfassung abgelegt hat, an das Staatsoberhaupt das Ansuchen richten konnte, die Verfassung ihm und seiner Partei zu Liebe zu brechen.

Denn daran kann nunmehr kein Zweifel bestehen. Was Hitler von Hindenburg verlangte, wird erst in seiner ganzen politischen und rechtlichen Tragweite verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Stellung der Führer der italienischen Faschisten nach seinem geglückten Marsch auf Rom in der zweiten Septemberhälfte von 1922 mit Zustimmung des Königs von Italien bekleiden durfte. Auch Mussolini vertrat damals nur eine Minderheit des italienischen Volkes. Aber er genoss, genau so wie Hitler in Deutschland, die mehr oder minder stillschweigende Zustimmung eines großen Teils des reaktionären Bürgertums. Der König ließ sich darauf ein, ihm unter dem Druck seiner schwarzbehindeten Banden die Ministerpräsidentschaft zu übertragen und ihm weitgehende Vollmachten nicht nur für die Regierungsbildung selbst, sondern auch für die Ausschreibung von Neuwahlen zu erteilen. Auch im neugewählten Parlament konnte Mussolini trotz behördlichen Wahlterrors eine faschistische Mehrheit bei weitem nicht erreichen. Aber die bürgerlichen Gruppen wagten größtenteils nicht, gegen ihn offen Stellung zu nehmen, weil er, immer noch mit Duldung des Königs, damit drohen konnte, auch das neue Parlament im Falle eines Mißtrauensvotums davon zuzujagen, ohne nochmals an das Volk zu appellieren.

So ungefähr wollte also Hitler in Deutschland regieren. Er wäre vor den Reichstag getreten und hätte seinen Willen mit der Drohung durchgesetzt: wenn man mich stürzt, dann wird der Reichstag einfach nach Hause geschickt — Neuwahlen gibt es nicht! Er meinte, daß diese Drohung genügen würde, um sich das Zentrum gefügig zu machen, und damit hätte er zunächst eine Zeitlang regiert. Aber allein in dieser Drohung hätte eine flagranter Verfassungsverletzung gelegen. Sicher wäre es nicht bei diesem Bruch der Verfassung geblieben.

Die ihm fehlende Mehrheit hätte er sich noch auf andere, ebenso gekehrte Art verschafft. Man entnimmt sich, daß noch vor kurzem in der nationalsozialistischen Presse die Forderung erhoben wurde, daß den kommunistischen Abgeordneten mit Gewalt das Betreten des Reichstagsgebäudes verwehrt werde. Eine weitere Forderung ging dahin, die kommunistische Partei überhaupt für ungesetzlich zu erklären, so wie es nicht nur Mussolini, sondern auch Pilsudski getan hat. Auf diesem Wege der gewaltsamen Entrechtung seiner Gegner hätte es für Hitler, wenn man ihm erst die „ganze Staatsmacht“ ausgeliefert hätte, kein Halten mehr gegeben. Nach den Kommunisten wären sehr bald auch die übrigen „Marxisten“, also die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, der Zerstörungswut eines rasenden Diktators zum Opfer gefallen. Danach hätte auch noch das Zentrum das Schicksal der italienischen katholischen Volkspartei (Popolari) teilen müssen. Was aus den in der Weimarer Verfassung festgelegten Grundrechten des deutschen Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, was besonders aus der Koalitionsfreiheit, aus der Redefreiheit, aus der Pressefreiheit geworden wäre, braucht man sich gar nicht einmal in seiner Phantasie auszumalen — Hitler selber hat auf das ihm vorschwebende Beispiel des faschistischen Italien hingewiesen!

König Victor Emanuel III. hat vor bald zehn Jahren dem Mussolini den kleinen Finger gereicht in dem Glauben, daß das wohl nur eine Episode sein würde und daß über kurz oder lang die verfassungsmäßigen Zustände wiederhergestellt werden können. Aber diese Episode dauert nun schon zehn Jahre und dem ersten Schritt abseits vom Wege der Verfassung sind inzwischen so viele andere gefolgt, daß prak-

fisch nichts mehr von alledem übrig bleibt, was der König bei seiner Thronbesteigung zu achten und zu schätzen geschworen hatte. Er selbst ist zur Marionette Mussolinis geworden und ist sich dieser kläglichen Rolle durchaus bewußt. Eine Zeitlang hoffte er noch, gestützt auf die Armee, die zunächst keineswegs von dem faschistischen Regime begeistert war, den „Duce“ eventuell mit Gewalt loszumerden. Aber er hatte nicht den Mut, vorzugehen, solange es noch Zeit war, und inzwischen wurde auch die Armee planmäßig so „gefäulert“ und faschisiert, daß es für eine solche Auflehnung des Monarchen gegen den wirklichen Herrscher zu spät wurde.

In die gleiche demütigende Rolle sollte auch Reichspräsident von Hindenburg gedrängt werden. Hätte er erst Adolf Hitler zum Reichskanzler mit den geforderten Vollmachten ernannt, dann würde er alsbald vor der Alternative gestanden haben, entweder offene Verfassungsbrüche mit seinem Namen zu decken oder zurückzutreten.

Bei alledem darf man freilich nicht übersehen, daß die deutsche Arbeiterklasse trotz ihrer gegenwärtigen Schwächung durch Krise und Spaltung mit der italienischen nicht gleichzustellen ist, und daß eine Mussolini-Herrschaft in Deutschland nicht nur zum allgemeinen Bürgerkrieg, sondern auch zum Zerfall des Reiches reitungslos geführt haben würde. Denn es ist ausgeschlossen, daß sich die Bevölkerung Süddeutschlands und des Rheinlands — um nur diese beiden wichtigen Gebiete zu nennen, in denen die Nazis nur über eine kleine Minderheit der Wählerschaft verfügen — ohne weiteres mit der Alleinherrschaft Hitlers abgefunden hätte. Schon diese Erwägung, abgesehen von der Zumutung einer Eidverletzung, dürfte Hindenburg und seine Berater von der Unmöglichkeit überzeugt haben, Hitlers Forderung zu erfüllen.

Immer deutlicher zeigt sich, daß Hitler jedes Augenmaß für die realpolitischen Möglichkeiten für seine persönlichen Fähigkeiten verloren hat. Auch die schärfsten Gegner Mussolinis erkennen an, daß er ein Kerl ist, der schon vor seinem Machtantritt in einer langen politischen und journalistischen Laufbahn etwas geleistet und gelernt hatte. Adolf Hitler ist bisher den Beweis dafür schuldig geblieben, daß er etwas anderes kann als im Trancezustand immer die gleichen pathetischen Reden zu halten, hinter denen nicht ein vernünftiger und brauchbarer Gedanke steckt. Daß er damit in einer Zeit wirtschaftlicher und geistiger Verheerungen nahezu 14 Millionen Wählerstimmen einfangen konnte, beweist nicht das geringste für seine geistigen oder gar staatsmännischen Fähigkeiten, sondern es zeigt nur den Grad des politischen Krankheitszustandes. Hitlers selbstgefällige Schwäche haben ihm bei seinen Gläubigen den Ruf eines neuen Heilands eingebracht, bei seinen kritischen Gegnern aber den Spitznamen „Schmussolini“. Das italienische Volk ist unter zehnjähriger Herrschaft Mussolinis wirtschaftlich und geistig auf den Hund gekommen. Das deutsche Volk ist zu schade, um als Versuchsanstalt eines elenden Mussolini-Kopisten zugrunde zu gehen.

Die Sitzung des Kabinetts.

Keine offizielle Erklärung veröffentlicht.

Leitung meldet:

Das Reichskabinetts, das am Montag um 16.30 Uhr zusammengetreten war, nachdem der bekannte Ausgang der Verhandlungen über die Regierungsbildung eine gewisse Klärung herbeigeführt hatte, befaßte sich in mehrstündigen Beratungen hauptsächlich mit Fragen der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung. Es ist anzunehmen, daß neben den inzwischen fertiggestellten Referentenentwürfen auch die Frage der Finanzierung eingehend erörtert worden ist.

Des weiteren dürfte sich das Reichskabinetts mit der durch die Ablehnung der NSDAP, sowie durch die Haltung des Zentrums geschaffenen parlamentarischen Lage befaßt und die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens behandelt haben. Eine offizielle Verlautbarung über die Kabinettsitzung wurde nicht ausgegeben.

Pläne der Reichsregierung.

Zurück hinter das kaiserliche Deutschland.

Nach dem Scheitern der Koalition mit Hitler will die Reichsregierung — der Starke ist am mächtigsten allein — vor den Reichstag mit einem umfangreichen Programm treten. Außer den politischen Fragen der Reichsreform, der Wahlreform und der Einführung einer ersten Kammer, soll dieses Programm besonders wirtschaftliche Fragen umfassen und zwar den Arbeitsdienst, die Arbeitsbeschaffung, die Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge, die Forderung der Tarifverträge, die Erteilung von öffentlichen Aufträgen zur Ankurbelung der Wirtschaft, die Siedlung und endlich ein Befehl über die Finanzreform.

Am Umfang läßt dieses Programm also nichts zu wünschen übrig. Was an diesem mit hochgespannten Segeln lancierten Programm sich in den stillen Hafen der Bewirklichkeit retten wird, kann man getrost abwarten. Zweifelsfrei geht jedoch aus dem Programm hervor, daß die Absichten der Reichsregierung in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung ein Programm der politischen und sozialen Reaktion ist. Es soll nicht nur die Verfassung hinter den 11. August 1919 zurückverdrängen werden, auch die gesamte Sozialpolitik der Nachkriegszeit soll beseitigt oder in ihre reaktionäre Gegenteil umgestaltet werden.

Die von den Unternehmern der Schwerindustrie immer wieder geforderte Aufkündigung der Tarifverträge würde auf nichts anderes hinauskommen als auf eine Beseitigung des gesamten kollektiven Arbeitsrechts. Der Unternehmer soll wieder „Herr im Hause“ insofern sein, als er jedem einzelnen Arbeiter und Angestellten beliebige Löhne zahlen darf. Die Tariflöhne sollen in ihr Gegenteil verkehrt, aus Mindestlöhnen sollen sie Höchstlöhne werden. Praktisch würde das zunächst auch bedeuten, daß ein allge-

Das Sondergericht von Brieg.

Reichsbanner in Notwehr / Die Folgen des brutalen Nazi-Terrors in Schlesien.

Breslau, 15. August. (Eigenbericht.)

Das Sondergericht in Brieg begann am Montagmorgen um 9 Uhr die Verhandlung wegen der blutigen Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Eisernen Front, Kommunisten und Nationalsozialisten am 10. Juli in Ohlau. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Herzog. Die Anklage liegt in den Händen des Staatsanwaltschaftsrats Haude; die Verteidigung wird von den Rechtsanwälten Förder, Breslau, Dr. Bach, Breslau und Dr. Braun-Magdeburg wahrgenommen. Außerdem nahmen an der Verhandlung Oberlandesgerichtspräsident Witte und Generalstaatsanwalt Kimmel teil. Die Anklageschrift, die 33 Schreibmaschinen-seiten umfaßt, legt den 45 Angeklagten, von denen sich 40 in Haft befinden, darunter 2 Frauen, Teilnahme am Landfriedensbruch zur Last. Sieben von ihnen sind wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todeserfolg, zwei wegen unbefugten Waffenbesitzes angeklagt. Es sind 90 Zeugen und 3 Sachverständige geladen.

Zu Beginn der Verhandlung zweifelte Rechtsanwalt Förder die Zuständigkeit des Gerichts mit dem Hinweis darauf an, es sei noch nicht vorgekommen, daß Angeklagten drei Tage vor Eröffnung der Hauptverhandlung mitgeteilt wurde, nicht das ursprünglich angegebene Gericht, die Strafkammer, sondern ein anderes Gericht sei für sie zuständig. Ruhe und Ordnung würden durch eine Verhandlung vor dem ordentlichen Gericht nicht gefährdet. Auch sollte man gerade in diesem Prozeß Präzedenzfall hören. Da die Taten zu einer Zeit geschehen sind, in der kein Sondergericht bestand, bittet Rechtsanwalt Förder das Gericht, nachzuprüfen, ob es sich für zuständig hält.

Zu Beginn der Verhandlung wurden der Reichsbannerführer Dornius, Landarbeitersekretär Strullik und Kreisleiter des Reichsbanners Blech vernommen. Aus den Aussagen der Angeklagten ergibt sich folgendes Bild:

Die Reichsbannerleute waren, etwa 180 Mann stark, gegen 20 Uhr im Sankt-Kristofen und auf Rädern über den Ohlauer Ring von ihrem Treffen in Paskow zurückgekehrt. Bekanntlich war der Festplatz, auf dem sie versammelt waren, von nationalsozialistischer Seite durch Stinköl verpestet worden. Die zurückgekehrten Reichsbannerleute blieben in ihrem Verkehrslokal „Zum Walfisch“, das etwa 300 Meter vor der Stadt liegt, noch zusammen. Kurze Zeit, nachdem sie den Ring passiert hatten, traf dort ein aus Brieg kommendes Motorrad mit zwei SA-Leuten ein. Es hielt vor dem Haus Markt 18, der Sojus sprang von seinem Sitz, eilte auf einen Arbeiterportier in einer Gruppe Kameraden zu, rief ihm die drei Pfeile ab und schlug ihn mit der Faust ins Gesicht. Kurz hinter dem Motorradfahrer kam, gleichfalls aus der Richtung Brieg, ein mit etwa 50 Nazis besetzter Lastkraftwagen. Auf einen Pfiff des Führers sprang die Mannschaft ab und stürzte sich ohne jeden Anlaß auf die vor der Tür stehenden und spazierengehenden Bewohner. Diese wurden unter lautem Rufen und Gestikulieren, unter Schlägen und Pöffen in die Häuser getrieben.

Als die im „Walfisch“ versammelten Reichsbannerleute von diesem Vorgang Kenntnis erhielten, eilte ein Teil von ihnen nach der Stadt. Unterwegs trafen sie einen Traktor mit Anhängerwagen. Die Besatzung, vier Mann, wurde von ihnen niedergeschlagen. In der August-Feige-Straße, einer kurzen Verbindungsstraße zwischen Schloßplatz und Ring, kam es zu Zusammenstößen mit etwa 40 bis 50 Nationalsozialisten. Die Schlägerei wurde durch das Dazwischentreten von Polizeibeamten beendet und die Reichsbannerleute kehrten nunmehr in ihr Verkehrslokal vor der Stadt zurück. Bald darauf fuhr der Krankenwagen an dem Lokal vorbei. Er transportierte die beiden von den Nationalsozialisten angeschossenen Frauen aus der Oberstraße 27 in das Krankenhaus. In das Haus Oberstraße 27 waren aus dem Zuge der laut johelnden und schreienden Nationalsozialisten plötzlich mehrere SA-Leute ohne ersichtlichen Grund ge-

meiner Wohnbau von 20 bis 50 Prozent — die Unternehmerwünsche gehen darüber auseinander — eintreten müßte.

Bisher hat die Reichsregierung behauptet, daß sie nicht die Absicht habe, gesetzliche Maßnahmen über die Aenderung des Tarif- und Schlichtungswesens vorzuschlagen. Die Maßnahmen, über die die Regierung jetzt berät, bedeuten nicht nur eine Aenderung, sondern eine tatsächliche Aufhebung des Tarifsystems. Das würde eine Zurückverdrängung nach hinten den 9. November 1918 bedeuten. Selbst im kaiserlichen Deutschland galten Tariflöhne immer als Mindestlöhne. Wenn wir auch die Bewirklichung dieser und ähnlicher Pläne vorläufig noch für sehr unwahrscheinlich halten, so wird es doch gut sein, mit größter Wachsamkeit die Absichten des Kabinetts zu verfolgen.

608 Abgeordnete.

Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl.

Der Reichswahl-ausschuss, der am Montag eine öffentliche Sitzung zur endgültigen Feststellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen abhielt, hat errechnet, daß der neue Reichstag im ganzen 608 Mitglieder zählen wird.

Als Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, daß 42 Abgeordnete in Wahlkreisverbänden und 66 Abgeordnete auf den Reichslisten gewählt worden sind. Als Gesamtzahl der Mandate ergab sich einschließlich der Kreisliste 608. Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Reichstagswahlen ist also die Mandatziffer um einen Abgeordneten weniger gestiegen, der dem Reichswahlvorsitz der Bayerischen Volkspartei zufällt. Nach der zwischen der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei getroffenen Abmachung dürfte dieses Mandat dem Abgeordneten Kollath (Wp.) zuerkannt werden, so daß die Wirtschaftspartei nunmehr über zwei Reichstagsmandate verfügt.

Die Stärke der einzelnen Parteien stellt sich jetzt folgendermaßen: Sozialdemokratische Partei 133, Nationalsozialistische Partei 230, Kommunisten 89, Zentrum 75, Deutschnationale 37, Deutsche Volkspartei 7, Landvolk 1, Bayerische Volkspartei 22, Wirtschafts-

stürzt und hatten wie verrückt um sich geschossen. Dabei gingen fünf Schüsse durch die Wohnungstür des Arbeiters Kartus und verletzten Frau Kartus und eine bei ihr zu Besuch weilende Bekannte fünfmal. Die Nachricht von diesen blutigen Zusammenstößen der Reichsbannerleute im „Walfisch“ auf das ungeheuerlichste. Ohne die Befehle ihres Führers — so lautet die Aussage des Reichsbannerführers Dornius — abzuwarten, stürmten sie nach der Stadt, wo es dann zu den blutigen Zusammenstößen kam.

Der Reichsbannermann Karl Lampert sagt aus, er hätte zusammen mit dem Reichsbannerführer Dornius dabei geholfen, an den Transportwagen der Nationalsozialisten die hinteren Klappen zu schließen, so daß sie davonfahren konnten. Der Angeklagte Hasebach bekundete: Wir wollten aus Ohlau heraus, aber die Stadt war von Nazis besetzt. Einige Leute, die vorher hinausgefahren waren, sind angefallen worden. In welcher Weise die Voruntersuchung geführt worden ist, zeigt folgender Fall: Ein Reichsbannermann wurde in Haft genommen, weil er mit einer Faustfaust bewaffnet gesehen worden sein soll. In Wahrheit hatte er aber in dem 15 Kilometer von Ohlau entfernten Quallwitz zur selben Zeit getanzt!

Der straffen Verhandlungsführung des Landgerichtsdirektors Herzog gelang es, am Montag sämtliche 45 Angeklagte zu vernemen.

Dabei erwies sich, in wie ungeheuerlicher Weise die gesamte Angelegenheit von der nationalistischen Presse verdreht und schamlos zur Wahlpropaganda ausgeschlachtet worden ist.

Allein die Vernehmung des Angeklagten Gewerkschaftssekretär Manche erweist mit absoluter Deutlichkeit den Geist der „aufbauwilligen Kräfte“, die in Ohlau ihr Nordhandwerk betrieben. Manche, den zwei Frauen gebeten hatten, einen Bekannten zu suchen, ging zwischen 1/2 und 1/3 Uhr, also zu einer Zeit, in der die ersten Zusammenstöße auf dem Ring längst stattgefunden hatten, in der aber an den blutigen Straßenkampf, der zwei Tote forderte, noch nicht zu denken war, nach dem Ring, um den Ring herum, dann weiter suchend nach dem Lokal zum Walfisch im Vorort Baumgarten. Als er dort niemand fand, kehrte er über die hölzerne Ohle-Brücke, die sogenannte Postbrücke, nach der Stadt zurück. Ihm kam vom Schloßplatz her ein Trupp Nationalsozialisten entgegen, an deren Spitze der Polizeiwachmeister Heppner aus Ohlau schritt. Die ersten Gruppen gingen ruhig an Manche vorbei.

Da erscholl plötzlich aus den hinteren Reihen der Ruf: „Hier ist ja der rote Lump. Schlägt ihn nieder. Schlägt ihn tot!“

„Darauf stürzten sich ganze Gruppen von Nationalsozialisten“ — so berichtet Manche — „auf mich, so daß ich zu Boden fiel. Ich raffte mich aber auf und versuchte zu entfliehen, kam auch auf die Beine, aber wieder wurde ich niedergeschlagen. Plötzlich sah ich vor mir eine große Ansammlung von Nationalsozialisten, die versuchten, mich auf den gänzlich finsternen Hof des Arbeitsamts zu drängen. Auf einmal wurde auch auf mich geschossen. In meiner Not zog ich nun auch meinerseits die Schußwaffe, für die ich einen Waffenschein besitze, und schoß seitwärts hoch drei bis vier Schrottschüsse ab. Darauf wurde ich niedergeschlagen und furchtbar zugerichtet.“

mein Kopf ist noch voller Wunden von den Schlägen, mein linkes Auge wurde verletzt, so daß es seine frühere Schkraft nie mehr wiedererlangen wird. Ich erhielt eine Stichwunde in den Rücken, die Lippen wurden mir zerschulden, die Zähne sind heute noch locker von den Schlägen.

Dann zogen mich drei bis vier Mann auf der Straße lang. Es gelang mir aber noch fortzukommen.“

Der Staatsanwalt versuchte vergebens, den Tatbestand der Notwehr bei Manche zu verneinen. Der Angeklagte Duester, der beschuldigt wird, aus seinem Haus geschossen zu haben, bestreitet das und erzählt, er befand sich in seiner Wohnung, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und ein junger Mann mit dem Ausdruck furchtbarsten Schreckens in das Zimmer stürzte:

„Helf mir, ich werde verfolgt und ich habe gar nichts getan!“

Es wurde auch festgestellt, daß Nationalsozialisten in den Hausflur eingedrungen waren. Das Schloß der Haustür war mit Schlagwerkzeugen zertrümmert worden und konnte nicht abgeschlossen werden.

partei 2, Staatspartei 4, Christlichsozialer Volksdienst 4, Deutsche Bauernpartei 2, Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund) 2.

Nach dem Hinauswurf.

„Danksgiving“ an Dr. Fiesch.

Den Hörern des Berliner Rundfunks wurde am Montagabend der Hinauswurf des Intendanten Dr. Fiesch in der Form mitgeteilt, daß er „auf eigenen Antrag“ von seinem Amte — abberufen worden sei. Es wurde hinzugefügt, daß man Herrn Dr. Fiesch vielen Dank ausgesprochen habe für seine erfolgreiche achtjährige Tätigkeit um die Modernisierung und Aktualisierung des deutschen Rundfunks, besonders auch auf musikalischem Gebiete. Außerdem wurde ihm rühmend nachgerufen, daß er oftmals neue Ideen beigetragen habe und dadurch richtunggebend und nachwirkend tätig gewesen sei.

Daß Dr. Fiesch mit vielen anderen das Opfer nationalsozialistischer Rachegefühle ist, das durch „Reichsrundfunkkommissar“ Scholz herbeigeführt wurde, braucht die zahlende Masse der Hörer nicht zu erfahren.

Hitler-Scholz an der Arbeit.

Der Nazikommissar für den Rundfunk, Scholz, ist eifrig dabei, seine Aufgabe im Sinne der Reichsregierung zu verwirklichen. In Berlin sind die maßgebenden Persönlichkeiten des Rundfunks zum Teil bereits abgesetzt und durch Nationalsozialisten oder Deutschnationale ersetzt worden. Jetzt soll die Verwaltung der Sender in Hamburg und in Breslau an die Reihe kommen. Auch dort beabsichtigt man, ausgesprochene Nationalsozialisten bzw. solche Personen, die ihnen nahestehen, in die Leitung des Rundfunks zu dirigieren.

Im Rahmen eines großen diplomatischen Schubs wird auch der italienische Botschafter in Berlin, Orsini-Baroni, durch den bisherigen Botschafter in Rio de Janeiro, Cerrati, ersetzt. Es handelt sich um wesentlichen um eine Verjüngung des faschistischen Diplomatentorps. Auch der Pariser, der Washingtoner, der Madrider und der Prager Posten werden neu besetzt, nachdem kürzlich schon Grandi als neuer Botschafter in London eingetroffen ist.

Verleumdung ohne Grenzen.

Offener Brief Crispian-Dittmanns an den Reichskommissar

Die Genossen Crispian und Dittmann haben an den Reichskommissar in Preußen, Herrn Bracht, folgendes offenes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskommissar!

Sie haben kürzlich scharfe Maßnahmen gegen die Presse angeordnet, wenn sie durch falsche Nachrichten politische Verhöhnung betreibt.

In Nr. 33 des „Friedericus“, 2. Augustausgabe 1932, wird in einem Karl Feßen gezeichneten Artikel „Crispian und Dittmann in Frankreich“ behauptet, daß wir während des Krieges mit französischen und amerikanischen Spionagebüros in Verbindung gestanden hätten. Insbesondere wird behauptet, wir seien 1917 im amerikanischen Spionagebüro in Chaumont in Frankreich-Lothringen gewesen.

Diese Behauptungen sind unwahr. Wir waren niemals in Chaumont und haben niemals mit französischen oder amerikanischen Spionagebüros irgendwelche Verbindungen unterhalten. Crispian stand zu der angegebenen Zeit als Gefechtsläufer und Kompaniegeführter an der Front in den Argonnen, und Dittmann hat überhaupt erst 1925, anlässlich des Internationalen Sozialistkongresses in Marseille, zum ersten Male französischen Boden betreten, also sieben Jahre nach Kriegsende.

Auch Scheidemann, Landsberg, Biffert und andere sozialdemokratische Politiker werden in dem Artikel in demselben diffamierenden Sinne genannt, ein Beweis, daß bewußt politische Verhöhnung gegen die Sozialdemokratie getrieben werden soll. Wenn ein gerichtliches Urteil nach Jahren die Verleumdung feststellt, ist damit für die Gegenwart kein Schutz gewährt und die Verhöhnung nicht gesteuert, wie Reichsanwalt Dr. Marx schon vor Jahren im Reichstag feststellte. Hier liegt aber nicht nur Verleumdung und politische Verhöhnung durch falsche Nachrichten vor, sondern zugleich „legal“ getarnte Mordhehe, denn der Artikel bezeichnet uns und die übrigen genannten Sozialdemokraten immerfort als „Kandidaten für ein Hochgericht“.

Als deutsche Staatsbürger und Volksvertreter erwarten wir, Herr Reichskommissar, gemäß Ihrer Ankündigung, ein Einschreiten im öffentlichen Interesse.

Berlin, den 15. August 1932.

Artur Crispian, Wilhelm Dittmann.

Es ist selbstverständlich, daß die Genossen Crispian und Dittmann zugleich auch alle anderen gesetzlichen Maßnahmen ergreifen haben, um dem berüchtigten Blatt das Handwerk zu legen.

Serienverbot kommunistischer Blätter.

Drei westdeutsche Organe auf 10 bis 14 Tage verboten.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die kommunistischen Tageszeitungen die „Freiheit“ in Düsseldorf und die „Sozialistische Republik“ in Köln mit Wirkung vom 15. August auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Das „Ruhrecht“ in Essen ist mit sämtlichen Kopfbüchern auf die Dauer von 10 Tagen verboten worden.

In Berlin hat der kommissarische Polizeipräsident die Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, das „Kampfsignal“, auf drei Monate, vom 13. August bis zum 15. November, verboten.

Der Arzt mit der Handgranate.

Holsteiner Bombenwerfer verhaftet.

Heide L. Hoff, 15. August.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei auf Grund der verschiedenen Handgranatenanschläge haben neuerdings zu drei weiteren Verhaftungen geführt. Besonderes Aufsehen erregte die Festnahme eines Arztes Dr. Foerst aus Wesselburen, gegen den erdrückendes Material vorliegt. Die beiden übrigen Verhafteten sind Landwirte. Alle drei gehören der RSDAP an.

Drei Verletzte in München.

In München gerieten in der Nacht zum Montag Kommunisten und Nationalsozialisten ins Handgemenge, das in eine schwere Messerstecherei ausartete. Zwei Kommunisten und ein Sturmführer der SS wurden schwer verletzt.

Sonntagvormittag überfielen Kommunisten einen Beamten der Polizeifunktion in Allenstein und schlugen derart auf ihn ein, daß er bewußtlos liegen blieb. Einer der Täter, der Kommunist Rugbur, wurde verhaftet.

„Standartenbefehle.“

Die gewalttätige Privatarmee Hitlers.

Köln, 15. August. (Eigenbericht.)

Aus Standartenbefehlen der RSDAP im Gau Köln-Wachen, von denen die „Rheinische Zeitung“ Kenntnis erhalten hat, geht hervor, daß die oberste SA-Führung im Hinblick auf die Terrorakte in Ostpreußen und Schlesien einen Erlaß herausgegeben hat, worin alle SA- und SS-Männer aufgefordert werden, die Nerven zu behalten und an dem legalen Kurs der Partei festzuhalten. Wie zweideutig aber dennoch die Haltung der Nationalsozialisten bleibt und wie sie die SA und die SS mit der Aussicht auf spätere gewalttätige Auseinandersetzungen in Spannung halten, bemerkt folgender Satz in einem Kölner Standartenbefehl vom 10. August 1932, der über die Anordnungen der führenden SA-Leitung sagt: „In dem Erlaß wird jedes selbständige Handeln einzelner Männer oder Verbände untersagt. Es kommt nur ein geschlossener Einsatz der Gesamt-SA und -SS zu einem späteren Zeitpunkt in Frage. Das Gebot der Stunde ist, die Verhandlungen der Reichsleitung zwecks Regierungsübernahme nicht durch sinnlose Terroraktionen zu stören.“

Sehr bedenklich ist, daß in den Kölner Standartenbefehlen ein Zusammenhang zwischen SA und Polizei behauptet wird durch folgenden Satz: „Die Zusammenarbeit zwischen SA und Polizei ist auch auf die Grenzpolizei auszudehnen.“ In einem Befehl vom 9. August 1932 wird der Ratzpreß zur Pflicht gemacht: „Gegen den derzeitigen Reichswehrminister General von Scheicher sind keinerlei Angriffe zu richten.“ Ueber die erste Sitzung des neuen Reichstages wird in einem Standartenbefehl gesagt: „An der Eröffnungssitzung haben alle NS-Abgeordnete möglichst im Braunhemd usw. teilzunehmen. Es ist

Brachtvolle Zeiten!



„Sieh mal nach, Auguste, ob ich noch irgendwo anstößig bin.“

Naziotische Außenpolitik.

Ein lehrreiches Beispiel aus Danzig.

Danzig, 15. August. (Eigenbericht.)

Nachdem die Danzig-polnischen Beziehungen unter der Naziherrschaft eine Entwicklung angenommen haben, die Danzig wirtschaftlich völlig zum Zusammenbruch zu bringen drohte, ist jetzt ein entscheidender Schritt der Völkerbundsinstanzen erfolgt. Infolge des Eingreifens des Verwaltungsdirektors des Völkerbundsekretariats Helmer Rosting haben sich die Regierungen von Polen und Danzig zu einer Verständigungsaktion entschließen müssen. In protokolllarischen Erklärungen haben die Vertreter beider Regierungen sich verpflichtet, ihren Einfluß dahin aufzubieten, daß jede gegenseitige Boykottpropaganda unterbleibt und alle feindseligen Handlungen oder Kundgebungen gegen die Angehörigen des anderen Staates verhindert werden. Die Danziger Regierung hat sich außerdem zu weitgehenden Erleichterungen für die Benutzung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe verstehen müssen. Sie hat nicht nur auf die Abgabe von polnischen Saluten und offiziellen Befehlen beim Anlaufen polnischer Kriegsschiffe verzichtet, sondern

auch der Entsendung von polnischen Patrouillen zur Ueberwachung von Landgängern grundsätzlich zugestimmt.

Der letzte Punkt war noch im Vorjahre Anlaß zu einer entscheidenden Protestation des Danziger Senats bei den Völkerbundsinstanzen gewesen und die Entsendung von polnischen Matrosen-

patrouillen war auch vom Haager Gerichtshof für unzulässig erklärt worden. Die nationalsozialistische beeinflusste Regierung hat sich jedoch zu diesem Entgegenkommen als Konzession für die Aufhebung der polnischen Boykottpropaganda auch deswegen entschlossen, weil ihr in Aussicht gestellt wurde, daß nunmehr die Reparaturen an polnischen Kriegsschiffen wieder auf Danziger Werften erfolgen würden. (Das ist also in den Augen der „nationalen“ Danziger Rechtsregierung ein Erfolg: man darf wieder polnische Kriegsschiffe auf eigenen Werften reparieren! Red. d. „N.“)

Die weiteren Streitpunkte über die zollmäßige Behinderung der Danziger Wareneinfuhr nach Polen und über die Konkurrenz des Gdinger Hafens sind offen geblieben und sollen zunächst auf dem Instanzwege des Völkerbundes weiter verfolgt werden. Immerhin hofft man, daß mit der neuen Verständigungsaktion auch eine Grundlage für die Regelung dieser für Danzig lebenswichtigen Frage geschaffen worden ist. Die damit von der Ratzbürgerblockregierung eingeleitete Verständigungsaktion ist für diese politisch um so bedeutungsvoller, als die Regierung bei ihrem Antritt einen entschiedenen Verzicht auf jede Verständigungsaktion ausgesprochen hatte und dafür die Wahrung der Danziger Interessen durch eine „freiwillige Außenpolitik“ hat Danzig politisch und wirtschaftlich an den Abgrund gebracht und endet jetzt mit Konzessionen an Polen, die bei einer Linksregierung nie in Frage gekommen wären.

anzunehmen, daß eine Aktion geplant ist, wenn die RSDAP den Alterspräsidenten stellt oder sonstige Beleidigungen für die RSDAP zugelassen werden.“

Schließlich wird in dem Standartenbefehl noch angefügt, daß sich die Nationalsozialisten besonders des Ausbaues ihrer Organisation in den Grenzgebieten annehmen sollen. In einigen Monaten müßten 75 Proz. der westdeutschen Grenzbevölkerung nationalsozialistisch sein.

Ueber allen Wipfeln ist Ruh.

Hitler wieder in den bayerischen Bergen.

Am Tage der entscheidenden Unterredungen Adolf Hitlers in Berlin ließ sich der „Angriff“ wie folgt aus:

„Mit ruhigen Nerven kann unser Führer seine Entscheidungen treffen. Während die anderen sich hier in der Siedehitze Berliner Asphaltpolitik verbrauchten, gestatteten es Adolf Hitler seine Machtpositionen, daß er sich gemeinsam mit den maßgebendsten Unterführern in die bayerischen Berge zurückziehen und in aller Ruhe von dort aus die politische Linie festlegen konnte.“

Man weiß beim Berliner „Angriff“ nie genau, ob nicht zwischen den Zeilen irgendeine kleine Gemeinheit gegen Hitler sich versteckt, die die lauten Ergebenheitsbeteuerungen des eifrigeren kleinen Goebbels in der Wirkung ausgleichen soll. Erst dieser Tage war die angebliche Ausrückung Hindenburgs, wonach Hitler sich „höchstens zum Postminister“ eigne, im „Angriff“ so auffallend und kommentarlos wiedergegeben worden, daß an der giftgeschwollenen Absicht kein Zweifel möglich war. Auch diese Ausrückung über Hitlers Beratungen in den bayerischen Bergen, während alle anderen sich in der Siedehitze des Häusermeers Berlins abquälen müssen, ist so herablassend und taktlos, daß man wieder einmal die Absicht vermuten muß, auch die eigenen Anhänger gegen das größenwahnsinnige Gebaren des „Führers“ aufzuklären: Du, braunbehemdeter Profet, du kannst dich in überfüllte Ratzkneipen tagelang in Klarmbereitschaft einsperren lassen, oder du kannst, wenn es deinen Vorgesetzten einfällt, um große Aktionsabsichten vorzutäuschen, tagelange Märsche im Staube der Landstraße und in der sengenden Mittagssonne absolvieren, — dein „Führer“ erholt seine Nerven, die es offenbar sehr nötig haben, im Frieden und im Schatten der tannentreichen bayerischen Berge!

So ungefähr muß diese hochmütige Schänderung auf den unbekanntem Soldaten der braunen Armee wirken.

Und wieder einmal hat sich Hitler, nachdem er in seiner Unterredung mit Hindenburg die angeblich beruhigten Nerven verloren und ein Fiasko erlitten hat, in seine bayerischen Berge zurückgezogen, wo er abermals „in aller Ruhe“ darüber nachdenken wird, zu welcher Dummheit ihn Goebbels und Strasser durch ihre hundert-

prozentigen Diktaturforderungen verleitet haben. Für die SA-Proleten lautet indessen die Parole: Weitersehigen!

Also doch Hitler-Rotverordnung!

Die amtlich bestätigte Toleration.

Stuttgart, 15. August. (Eigenbericht.)

Aus Angst vor der Wahrheit im Wahlkampf hat Hitler gegen die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ bei einem Stuttgarter Richter eine „einstweilige Verfügung“ erwirkt, die dahin geht, daß der „Schwäbischen Tagwacht“ untersagt wird, das Wort „Hitler-Rotverordnung“ auf die Rotverordnung der Regierung Papen vom 14. Juli anzuwenden. Die „Schwäbische Tagwacht“ hat gegen diese Verfügung Widerspruch erhoben. Der Termin für die Hauptverhandlung über den Klageantrag Hitlers ist auf den 12. Oktober angesetzt worden, an dem zugleich auch die Entscheidung über den Widerspruch der „Schwäbischen Tagwacht“ gegen die einstweilige Verfügung getroffen werden soll, falls nicht inzwischen neue Tatsachen eintreten, die dem Kläger — das ist in diesem Falle die „Schwäbische Tagwacht“ — das Recht geben, aufs neue das Gericht anzurufen.

Die „Schwäbische Tagwacht“ vertritt jetzt die Auffassung, daß diese neuen Tatsachen gewissermaßen über Nacht eingetreten seien. Sie beständen in dem amtlichen Bericht über den Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten. Dadurch habe der letztere öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß Hitler ihm zugesichert habe, nach der Neuwahl des Reichstages die vom Reichspräsidenten berufene „nationale“ Regierung zu unterstützen. Diese Zusage war die Voraussetzung für das Innebleiben der Regierung Papen und der von ihr getroffenen Maßnahmen, die, beginnend mit der Aufhebung des Verbots der Hitlerschen Privatarmee und der öffentlichen Aufzüge sowie der Ausschreibung von Reichstagsneuwahlen bis zur Rotverordnung vom 14. Juli ein zusammenhängendes Ganzes bilden.

Daher hätten sich die Rechtsvertreter Adolf Hitlers vor dem Stuttgarter Gericht einer zumindest objektiven Unwahrheit schuldig gemacht, als sie abtritten, daß die Nationalsozialistische Partei mit der Rotverordnung etwas zu tun hätte. Die einstweilige Verfügung des Stuttgarter Gerichts stelle daher nichts anderes dar als die Begünstigung der Parteiführer des Braunen Hauses. Es sei denn, daß der Richter, der die Verfügung erlassen hat, auch dazu übergehen wollte, auf Antrag Hitlers nunmehr den Reichspräsidenten der Unwahrhaftigkeit zu zeihen.

„Deutschland und Polen.“ In der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ spricht am Mittwoch, dem 17. August, 20 Uhr, Helmuth von Gerlach über das Thema: „Deutschland und Polen“. Die Veranstaltung findet im „Berliner Hof“, Weißensee, Antonplatz, statt.

Mieter fordern Bodenreformgesetz

Hausbesitz denkt nur an Rente, und nicht an Volksnot

Würzburg, 15. August.

Mit einer öffentlichen Kundgebung fand der 26. Deutsche Mietertag des Bundes deutscher Mietervereine (Eig. Dresden) seinen Abschluß.

Als erster Referent beschäftigte sich Bundesvorstandsmitglied Uhlig-Dresden mit dem sozialen Mietrecht. Er erläuterte eingehend den vom Bund deutscher Mietervereine ausgearbeiteten Gesetzentwurf, der auf dem Gedanken der Vertragsfreiheit aufgebaut ist, die allerdings wesentlich eingeschränkt ist. Oberster Grundsatz ist die Sicherung des Wohnrechtes. Für die Miethöhe besteht Vertragsfreiheit auf der Grundlage der angemessenen Miete, für welche die Länder Richtlinien zu erlassen haben. Im Gesetzentwurf sind auch alle sonstigen mietrechtlichen Fragen geregelt. Das soziale Mietrecht soll Geltung für alle Alt- und Neubaumwohnungen ohne Unterschiede, also auch für Wert- und Dienstwohnungen und für gemeinnützige Gesellschaften, haben. Alle Streitigkeiten sollen unter Wegfall der bisherigen Instanzen durch das Miet-(Amts-)Gericht entschieden werden mit dem Recht der Berufung an das Landgericht. Bei allen Gerichten sollen Laienrichter aus den Kreisen der organisierten Vermieter und Mieter mitarbeiten.

Bundesvorsitzender Herrmann gab einen Rückblick auf das Ergebnis der dreitägigen Beratungen, hob die Hauptforderungen der deutschen Mieterchaft hervor und setzte sich mit den vom Hamburger Deutschen Hausbesitzertag aufgestellten Forderungen auseinander. Der Kampf, erklärte er, gehe nicht zwischen Mieter und Vermieter, er richte sich nur gegen die übertriebenen Forderungen der Haus-

besitzerorganisationen. Wenn der Hausbesitz gegen die Förderung des Wohnungsneubaus mit öffentlichen Mitteln kämpfe, so tue er dies, um seine gegenwärtige Monopolstellung zu erhalten. Man denke bei dem Hausbesitz anscheinend nur an die Rente, nicht aber an Volk und Not. Die Mieterchaft fordere Einlösung der Zusage des Reichspräsidenten und der Verheißung der Verfassung, wonach für jeden Deutschen, insbesondere für kinderreiche Familien, Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen seien und jeder deutsche Volksgenosse Anspruch auf ein vor Wucherhänden geschütztes Heim habe.

An den Reichstag hat der 26. Deutsche Mietertag eine Kundgebung gerichtet, in der die Forderungen zusammengefaßt wurden:

1. Ein auf weite Sicht abgestelltes Programm für Wohnungsbau und Siedlung und Bereitstellung der zur Durchführung erforderlichen öffentlichen Mittel;
2. Erlaß eines Bodenreformgesetzes, welches dafür bürgt, daß für Wohnungsbau und Siedlung jederzeit billiger Boden zur Verfügung steht und das deutsche Volk dauernd vor wucherischer Ausbeutung durch die Bodenspekulation geschützt bleibt;
3. Ein Belastungsperrgesetz, das den deutschen Grund und Boden vor neuer Uebererschuldung bewahrt und insbesondere verhindert, daß das Sparkapital in den entschuldeten Althausbesitz abströmt und damit dem konstruktiven Aufbau der deutschen Wirtschaft entzogen wird;
4. Schutz der Mieter vor Kündigung und Mietsteigerung, Senkung der Mieten unter Beseitigung des derzeitigen Mißverhältnisses zwischen Einkommen und Miete.

Ein unmöglicher Polizeioffizier

Ein Chauffeur unter Anklage der Nötigung

Die Persönlichkeit des Polizeioberleutnants Maach, dessen Tod den Nationalsozialisten im Landtag Anlaß zu wüsten Beschimpfungen gegeben hat, unter anderem zur Behauptung, daß er von seinen Vorgesetzten ermordet worden sei, spielte neulich in einer Sitzung des Schöffengerichts Berlin-Mitte eine Rolle. Die Verhandlung war geeignet, das Dunkel um die Umstände, unter denen Polizeioberleutnant Maach das Opfer einer Kugel aus eigener Pistole geworden ist, ein wenig zu lüften. Die Verhandlung ergab, daß Oberleutnant Maach sich in den letzten Monaten anscheinend im Zustande einer außerordentlichen Nervenerregtheit befand. Das gestattete vielleicht Rückschlüsse auf die Umstände seines plötzlichen Todes.

Angeklagt war der Kradbrotschlenkchauffeur B. wegen Beamtennötigung. Als er im Januar d. J. in der Cicerostraße in Halensee mit seinem Wagen umkehren wollte, berührte er auch den Bürgersteig. Oberleutnant Maach, der zufällig zugegen war, stellte ihn laut schreiend zur Rede, verlangte nicht nur, seinen Führerschein zu sehen, sondern auch das Typenbild. Als B. ihn bat, von einer Anzeige abzusehen, tobte der Offizier einfach los. B. erklärte darauf, er würde sich über ihn bei seiner vorgelegten Behörde beschweren, der Chauffeur habe nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. In der Mitteilung, daß er sich beschweren wolle, erblickte Polizeioberleutnant Maach eine „Drohung“ und Beamtennötigung und erstattete gegen B. Strafanzeige.

Der Angeklagte erklärte vor Gericht, er habe seine Beschwerde nur wegen des Verhaltens des Polizeioberleutnants ihm gegenüber führen wollen. Doch dem so ist, ergibt sich übrigens aus dem Text der Beschwerde, die am Nachmittag des Tages tatsächlich an das Polizeipräsidium abgegeben war. Die Kollegen des Angeklagten bestätigten, daß Polizeioberleutnant Maach in den letzten Monaten bei der Ausübung seines Dienstes sich in einer Weise verhielt, wie man es sonst bei Polizeioffizieren niemals gewohnt ist. Als zum Beispiel eines Tages ein Chauffeur fälschlich in eine StraÙe eingebogen war, verlangte Maach von ihm in überlautem Tone, er möge die StraÙe in einer Richtung verlassen, in der es wegen des außerordentlich starken Verkehrs überhaupt nicht möglich war. Der Chauffeur verfuhrte, das dem Oberleutnant klar zu machen. Dieser drohte aber, bei Nichtbefolgung seiner Anordnung ihm eine Kugel durch den Kopf zu schießen; der Polizeioffizier machte tatsächlich Anstalten, seine Drohung auszuführen.

Angesichts dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme sah sich der Staatsanwalt genötigt zu erklären, daß auch er an Stelle des An-

geklagten nicht anders gehandelt hätte. Er beantragte Freispruch. Das Gericht entschied demgemäß. Das Rätsel um den Tod des Oberleutnants Maach bleibt nach wie vor in Dunkel gehüllt. Mag sein, daß er in nervöser Ueberreizung sich selbst den Tod gegeben hat, mag sein, daß, wie es von ihm behauptet wurde, die Kugel aus seiner Pistole ihn verhehentlich getroffen hat.

Im Opiumrausch.

Ein Pädagoge vor Gericht.

Dr. A. hatte im Leben die besten Aussichten. Er war auf dem Gebiete der Handelswissenschaften und des Handelsunterrichts hoch angesehen. Das Opium aber hat ihm das Genick gebrochen.

Nach einem Notabiturium zog er in den Krieg und wurde Offizier. Im Lazarett erbielt er das Gift, und konnte nicht mehr von ihm lassen. Seitdem lebte er in ständigem Opiumrausch. Bis 10 Gramm täglich nahm er zu sich. Es regte ihn aber zu großen Leistungen an. Er machte seinen Dr. rer. pol., stand geistig weit über dem Mittelmaß. Man forderte ihn aus seiner Heimatstadt nach Berlin an. Auch hier entwickelte er eine rege Unterrichtstätigkeit. Dann kam der Abbau und er verlor seine Stellung. Als das Opiumgesetz die Beschaffung von Rauschgiften außerordentlich erschwerte, erlitt er einen Zusammenbruch. Er brauchte Geld für sein Gift, hatte es nicht und geriet auf Irrwege. Er nahm Beziehungen zu dem Reichsverband der Spielwarenindustrie auf, berief sich dabei auf prominente Persönlichkeiten und wurde als Propagandist für ein Gehalt von 450 M. angestellt. Unter den verschiedensten Vorwänden verstand er es, sich derart hohe Speisen zu verschaffen, daß der Reichsverband ihn schließlich abschüttelte. Jetzt legte er sich auf Abzählungsgeschäfte und erwarb unter verschiedenen betrügerischen Vorpiegelungen Grammophone, photographische Apparate, Radioapparate. Schulräte riefen bei den Firmen an und fragten, ob Herr Somieso bereits dagewesen sei. Die Anrufe stammten von ihm. Er ließ von außerhalb einen Boten an die Firmen schreiben, der Verfasser der Briefe war er; ufm., usw.

Vor Gericht stand eine Ruine von Mensch. Als der Richter das Urteil verkündete, das auf sechs Monate Gefängnis lautete, war der Angeklagte nahe daran, umzufallen. Der Aufforderung, sich zu sehen, leistete er keine Folge. Plötzlich fiel er der ganzen Länge nach zu Boden und wälzte sich in epileptischen Zuckungen,

Schum vor dem Munde. Erst als er einigermaßen zu sich gekommen war, konnte in der Urteilsbegründung fortgefahren werden. Mitleidige Freunde hatten ihm eine Stellung besorgt.

Feuer auf dem Schützenplatz.

Kohlenbrände infolge der Hitze.

Gegenüber dem Restaurant Weidner am Ronnendamm in Siemensstadt hatten sich für den letzten Sonntag anläßlich eines Schützenfestes zahlreiche Schaubuden etabliert. Die Schausteller hatten auch am Montagmorgen wieder ihre Buden geöffnet. Plötzlich brach in einer der Schaubuden Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die Flammen sprangen auf zwei benachbarte Buden und einen Wohnwagen über. Als die Feuerwehr mit drei Löschzügen anrückte, brannte bereits alles lichterloh. Da auch für die übrigen Buden große Gefahr bestand, wurden die Flammen sofort mit vier Schlauchleitungen bekämpft. Der Schaden beträgt etwa 7000 Mark. Der verhängnisvolle Brand ist offenbar durch einen achtlos beiseite gemworfenen Zigarettenstummel entstanden. Während einem Hypnotiseur das ganze Zeit abbrannte, war der Schaden bei der Tierchau noch größer, da hier zahlreiche Affen, Papageien und Girteltiere in den Flammen umkamen. Auch ein ausgewachsener Alligator, der ungefähr 350 Jahre alt sein soll, erlitt erhebliche Brandwunden, so daß das Tier eingehen dürfte. Ein junge Alligatore konnten von der Feuerwehr gerettet werden. Bei den Bemühungen, die gefährdeten Tiere in Sicherheit zu bringen, erlitten einer der Schausteller und eine dort beschäftigte Frau erhebliche Rauchvergiftungen. Die verunglückte Frau konnte mit Hilfe von Sauerstoffgerät wieder ins Bewußtsein zurückgebracht werden. Der Mann mußte ins Bestand-Krankenhaus gebracht werden. Der Schaden ist um so empfindlicher, als die Schaubudenbesitzer nicht versichert waren, so daß das Feuer zum Teil ihre Existenz vernichtet hat.

Ein anderer gefährlicher Brand kam in den Garagen am Holsteiner Ufer 11 zum Ausbruch. Durch schnelles und umsichtiges Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brandherd durch starkes Wassergeben auf seinen Herd beschränkt werden.

Außerdem entstanden an acht Stellen der Stadt offenbar durch Selbstentzündung bei der enormen Hitze Preßkohlenbrände. In sechs Fällen brannten größere Bestände auf Kohlenplätzen, und zweimal waren im Keller Briketts in Brand geraten.

Tumult im Felsenck-Prozess.

Rechtsanwalt Dr. Litten ausgeschlossen.

Unerwartet wurde gestern im Felsenck-Prozess, der von der Öffentlichkeit weniger beachtet, immer noch läuft, der Verteidiger der Kommunisten, Rechtsanwalt Dr. Litten, durch einen Beschluß des Schwurgerichts III von seiner weiteren Mitwirkung in diesem Prozeß ausgeschlossen. Dieser überraschende Gerichtsbeschluß löste beispiellose Tumultszenen aus.

In der Begründung dieses Ausschlußbeschlusses hieß es, daß Rechtsanwalt Litten eine hemmungslose parteipolitische Propaganda im Prozeß entfaltet habe und daß er die Zeit des Gerichts mit Fragen aufgehalten habe, die der Aufklärung des Sachverhalts nicht dienlich wären. Der Verteidiger habe allen Untersuchungsbehörden schwerste Vorwürfe gemacht und allen Beamten, vom Reichspräsidenten bis zum Justizwachmeister Pflichtverletzung vorgeworfen; er habe zahlreiche Anträge nur aus politischem Sensationsbedürfnis gestellt und unter den Angeklagten eine verheerende Tätigkeit ausgeübt, die zu Vorkäufen im Gerichtssaal geführt hätte. Nach diesem unerwarteten Beschluß wollte Rechtsanwalt Litten eine Gegenerklärung abgeben. Der Vorsitzende brach aber die Sitzung ab und verließ den Saal. Darauf entstand ein furchtbarer Tumult unter den Angeklagten und den Zuhörern. Mit lauter Stimme protestierte Rechtsanwalt Litten gegen diesen Beschluß. Inzwischen hatten die kommunistischen Angeklagten begonnen, die Internationale zu singen. Als die Polizeibeamten in die Anklagebank drangen, wurden sie mit den Zurufen „Blutbunde“ empfangen. Schließlich brach noch ein Angeklagter in Krämpfen zusammen. Erst ganz allmählich leerte sich der Saal. Der nächste Verhandlungstag im Felsenck-Prozess ist für Freitag bestimmt.

Ein neuer Komet gesichtet.

Die Potsdamer Sternwarte hat einen Kometen gesichtet, der am 8. August in Amerika entdeckt worden ist. Der Himmelskörper bewegt sich sehr rasch in der Richtung des nördlichen Himmelspols. Er ist schon mit einem kleinen Instrument zu sehen; mit bloßem Auge ist er jedoch nicht sichtbar.



Tomangelnd zu sein,

ist eine Anerkennung, die sich

JUNO

- die gute Josetti Cigarette -

überall zu erringen wußte. Die vorzügliche Mischung, das volle Format und der prinzipielle Ausschluß von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien

sichern Juno bei allen Kennern einen ersten Platz.



Tropenstadt Berlin.

Sonntag und Montag die heißesten Tage des Jahres.

Die Hitzewelle, die Berlin mit dem vorgestrigen Tage mit 31 Grad im Schatten den heißesten Tag des Jahres gebracht hat, hält mit unveränderter Stärke an. Bei wolkenlosem Himmel brannte auch gestern die Sonne, ohne daß die erhoffte Abkühlung durch Gewitter kam. Um 2 Uhr mittags wurden bereits 33 Grad gemessen. Am Nachmittag kam dann endlich eine von Westen heraufziehende, bedrohlich aussehende Bewölkung auf, aber bis spät in die Nacht hinein fiel auch nicht ein Tropfen Regen. Das ist um so merkwürdiger, als die westliche Mark, die Prignitz sowohl wie auch Mecklenburg von ganz schweren Gewittern heimgejagt wurden. Wahrscheinlich kommt heute endlich die erhoffte Abkühlung.

Mehrere Hitzschläge.

Die seit Tagen herrschende tropische Hitze hatte gestern mehrere Hitzschläge zur Folge. Drei Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Mehrere Leichterkrankte wurden nach Behandlung auf der Rettungsstelle wieder entlassen. In der Potsdamer Brücke sank ein 55 Jahre alter Mann ohnmächtig zu Boden. Als ein Arzt hinzueilte, war der Passant bereits tot. Vermutlich hat ein Hitzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

Gewitter über Mecklenburg-Schwerin.

Der Blitz zündete in sieben Ortschaften.

Schwerin, 15. August. (Eigenbericht.)

Mecklenburg-Schwerin wurde in der Nacht zum Montag von mehreren heftigen Gewittern heimgejagt. Im Amte Rostock zündete der Blitz in sieben Ortschaften. Zahlreiche Wohn- und Wirtschaftsgebäude wurden eingeeicht. In der Umgegend von Schwerin sind ebenfalls erhebliche Blitzschäden zu verzeichnen. In der Ortschaft Josenhof wurden vier Siedlergehöfte in Asche gelegt. In einer anderen Ortschaft im Amte Schwerin brannte eine Getreidescheune mit 700 Zentnern Korn nieder. Auch in der Goldbergener Gegend wurden Wohn- und Wirtschaftsgebäude eingeeicht. Auf den Weiden wurde vielfach das Vieh vom Blitz getötet. Im Amte Rostock schlug der Blitz in die Hochspannungsleitung der elektrischen Ueberlandzentrale. Dadurch ist die mecklenburgische Stadt Schwane seit Sonntagabend ohne Strom. Mit den Gewittern war wolkenbruchartiger Regen verbunden.

Zwei Autobustatastrophen.

Fünf Tote bei Odingen, vier in England.

Danzig, 15. August.

Sonntag früh ereignete sich bei dem Dorfe Karwen (Pommern) ein schwerer Autounfall. Ein städtischer Kraftomnibus aus Odingen überquerte bei der Fahrt nach Putzig im Dorfe Karwen einen offenen Bahnübergang. In demselben Augenblick fuhr ihm ein Güterzug in die Seite. Von dem Kraftomnibus wurden der Führer, der Schaffner, ein polnischer Arzt und dessen Frau und noch ein Fahrgast getötet.

London, 15. August.

In der Nähe von Talbot am Bristol-Kanal stieß ein vollbesetzter Autobus mit einem leeren Ueberlandautomobil so heftig zusammen, daß vier Personen getötet und zwölf schwer verletzt wurden. Das Ueberlandautomobil war in die Breitseite des Autobus hineingefahren, der vollständig zertrümmert wurde. Nur der Chauffeur kam als einziger mit leichten Verletzungen davon.

Devisionsschieber.

Auf Veranlassung der Zollabfertigungsstelle wurden in Berlin fünf Personen — ein Reichsdeutscher und vier Ausländer — wegen Devisionsschiebungen festgenommen.

Gerhart Herrmann Mostar:

Anja.

I.

Ein lautes Rufen ließ mich aufblicken. Dicht am Rande eines Felsens, der die Landstraße steil überragte, stand ein mazedonischer Hirt. Er hielt die hohlen Hände vor den Mund und rief nach Norden, mir mit dem Rücken zugewandt. Ich verstand nur die Worte „obdsche“ und „jesti“, „Schaf“ und „essen“. Der Mann machte eine Viertelwendung, hielt abermals die Hände an den Mund und rief nach Osten, ins Tal; dann nach Süden, nach mir hin die Landstraße entlang; und endlich nach Westen, in die Berge hinein. Ich hatte seine Worte nun vollkommen verstanden: „Wir haben ein Lamm geschlachtet und gebrotet. Wer da Hunger hat, der komme zu uns und esse mit uns!“

Ohne Zaudern kletterte ich den Fels hinauf. Diese Einsiedlung an alle ist Sitte bei den einjamigen mazedonischen Hirtenfamilien; man kann oder man muß sie sogar annehmen.

Ueber dem Feuer inmitten der Steinhütte briet an einem Spieß aus Wacholderholz das Lamm. Eine alte und eine junge Frau, ein alter und zwei junge Männer saßen um die Flamme; die Männer rauchten. Die Kruzifixe der Frauen ließen erkennen, daß es eine der christlichen Romadenfamilien war. Ein dritter Mann jedoch, der abseits auf einer Strohmatte lag und erdärmlich hustete und spie, trug einen Feg; der also war gegen Lohn hier.

„Dies Lämmchen hat Wuf uns gerissen, sagte der Alte, während er das Fleisch verteilte — Wuf ist der Wolf. „Gestern Nacht, obwohl unser Feuer brannte und unsre Hunde bellten. Aber es war zu spät; eins nahm er mit und dies ließ er liegen; das macht, wir sind einer zuwenig, so lange Hassan Chardan krank ist.“ Er wies mit dem Kopf gegen den Mann mit dem Feg.

Es ist doch nichts Schlimmes, Hassan Chardan?“ fragte ich zum Strohlager hin.

„Ako bog da!“ antwortete er röhrend zwischen einem lauten, würgenden Hustenanfall — „wie Gott will...“

„Rein“, ergänzte das Mädchen, „schlimm ist es wohl

Der Mädchenmord in Pankow

„Verzeiht mir alles fürs Leben“ — Der Toctermörder schreibt eine Karte

Der 51 Jahre alte Schneider Michalksi, der in den Nachmittagsstunden des Freitags vergangener Woche seine Tochter in der Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Straße 65 in Pankow ermordete und danach die Flucht ergriff, ist bisher von der Mordkommission noch nicht gefunden worden. Man hat ihn weder gesehen, noch wurde bisher seine Leiche entdeckt. Dagegen ist die Mordkommission in den Besitz einer Karte gelangt, die Michalksi am Sonnabendabend an seine Frau geschrieben hat. Sie trägt den Stempel des Postamtes C. 17 in der Fruchtstraße am Schlesiſchen Bahnhof und enthält folgende Worte: „Bitte, verzeiht mir alles fürs Leben. Wenn ihr diese Karte in Händen habt, bin ich nicht mehr.“

Das Ergebnis der Untersuchung durch die Mordkommission läßt keinen Zweifel daran, daß der eigene Vater der Mörder der 19 Jahre alten Liselotte Michalksi ist. Es hat sich für die Täterſchaft immer mehr Beweismaterial ergeben. Michalksi hat seiner Tochter nachgestellt und immer verſucht, ein Alleinsein mit ihr herbeizuführen. In seiner Eifersucht ging er soweit, Bekanntschaften, die das junge Mädchen mit Männern gemacht hatte, zu hintertreiben. Ueber Michalksi verläutet, daß er stets bei Streitigkeiten eine Rebenart führte, die bei allen Gelegenheiten die gleiche war. In seiner Wut äußerte er: „Ich werde euch allen noch einmal die Kehle durchschneiden. Mir kann ja nichts passieren. Ich habe ja den § 51.“ Das trat jedoch nicht zu. Man nimmt an, daß der Mörder sich nicht das Leben genommen hat, sondern vom Schlesiſchen Bahnhof aus fortgefahren ist. Die Mordkommission hat entsprechende Fahndungen unternommen.

Reif für die Spitzhacke.



Wenn die wirtschaftliche Dauerdepression die städtebaulichen Pläne der Stadt Berlin nicht jäh über den Haufen geworfen hätte, dann wären die alten, halb verfallenen Häuser an der Fischerbrücke längst der Spitzhacke verfallen. Diese schiefgebliebenen Häuser, die notdürftig durch Holzbalken gestützt werden müssen, sind Zeugen aus der ältesten Geschichte Berlins. Eine engwinkelige Gasse zieht sich von der Fischerbrücke zur Fischerstraße, sie ist der letzte „Rittergang“ aus einer Zeit, wo Berlin noch ein kleiner, unbedeutender Flecken an der Spree war. Durch eine Verordnung aus dem Jahre 1908 wurden die Berliner Bürger verpflichtet, derartige enge Durchgänge anzulegen und stets freizuhalten, damit bei einem unvermuteten Angriff auf die Stadt die Ritter mit Rüstung und Wehre schnell auf die Stadtröhle eilen konnten. An einer Längsseite dieser Durchgangsgasse befinden sich heute noch kotenartige Holzbockschläge, die vor einigen Jahrhunderten den Anwohnern der Gasse als Schweineställe dienten.

Doppelmord im nächtlichen Wald.

Ein Brautpaar das Opfer.

Ratibor, 15. August.

Auf der Heimfahrt aus dem oberſchleſiſchen Industriegebiet nach Ratibor wurde spät Abends im Raubener Wald das Gemüſefuhrwerk des Landwirts Lerch aus Rudnit von bisher unbekanntem Tätern beschossen. Der 26 Jahre alte Lerch erlitt einen Lungendurchschuß. Seiner Braut, der 23jährigen Sophie Dutoſchet aus Ratibor, drang eine Kugel in den Unterleib und blieb im Rückgrat stecken. Lerch konnte das Fuhrwerk noch bis nach Rudnit bringen, wo er und seine Braut ins Krankenhaus gebracht wurden. Lerch liegt in hoffnungslosem Zustand darnieder; seine Braut starb nach einer sofort vorgenommenen Operation. Das Schicksal der beiden ist besonders tragisch, da die Heirat in den nächsten Tagen stattfinden sollte. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern sind noch nicht abgeschlossen. Man vermutet einen Raubakt, über dessen Beweggründe noch keine Klarheit besteht.

Beim Rundflug abgestürzt.

Vier Tote, ein Schwerverletzter.

Prag, 15. August.

Am Sonntag veranstaltete die Masaryk-Flieger-Diva einen Flugtag in Dobruſka bei Trebnitz, wobei auch Rundflüge unternommen wurden. Unter anderem stieg der Flugzeugführer Stranz mit einer fünfſitzigen Kabinenmaschine mit vier Fluggästen zu einem Rundflug auf. In etwa 100 Meter Höhe über dem Flugplatz kam die Maschine plötzlich ins Schwanken und stürzte ab. Die vier Insassen waren auf der Stelle tot, der Flugzeugführer konnte nur noch in schwerverletztem Zustand geborgen werden. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Der Tod in der Wassertonne.

Auf einem Laubengrundstück in der Kolonie „Räthenlust“ in der verlängerten Kappelerstraße in Charlottenburg stürzte gestern der zwei Jahre alte Georg Krow in eine gefüllte Regentonnenne. Als die Angehörigen des verunglückten Kindes den schrecklichen Vorfall entdeckten und die Feuerwehr, um Wiederbelebungsversuche vorzunehmen, alarmierten, war es bereits zu spät. Die Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. — Beim Baden an verbotener Stelle im Müggelsee, ging gestern nachmittag der 24 Jahre alte Tischler Paul Grauer aus der Häßelstraße 12 plötzlich unter. Die Leiche konnte einige Zeit später geborgen werden.

Todessturz.

Auf der Kleinen Hald (Tirol) sind zwei Alpinisten, der Angestellte Wiking aus München und Graf von Rugburg aus Würzburg, abgestürzt und tödlich verunglückt.

nicht. Nur der Husten und manchmal das bißchen Blut. Es wird bald vorbei sein.“

„Gewiß“, sagte ich — aber ich ahnte, daß es in einem anderen Sinne vorbei sein würde. In den dünnen Atemzügen des Kranken piffte Mazedoniens Geißel: die Schwindſucht.

„Bis es aber vorbei ist“, verfolgte wieder der Vater der Familie seine nüchternen und notwendigen Gedankengänge, „brauchen wir einen, der an Hassan Chardans Stelle die Schafe hütet. Bogami, ich wäre froh, wenn wir einen hätten. Er würde Milch und Brot, Käse und Fleisch mit uns teilen, sogar von unserem Tabak würden wir ihm geben.“ Er sah an mir vorbei, als spreche er das in die Luft.

„Ja, das wird gewiß schwer sein, so einen zu finden“, erwiderte ich tastend. „Denn es will sicher gelernt sein, Herden zu führen.“

„Das will es wohl. Aber bei Gott! würden wir nicht einem solchen, der es etwa nicht versteht, alle schwere Arbeit abnehmen, also auch das Weiden, so lange, bis er es selber versteht?“ Der Vater machte eine Pause und sagte dann mit Bedeutung: „Selbst zehn Dinar würde ich ihm zahlen, zehn Dinar für jede —“

„Wohel!“ ergänzte ich schnell.

„Oh nein! Bin ich der Beg von Petrovac? Bin ich nicht vielmehr ein armer Hirt? Für den Monat, meine ich!“

„Ah so!“ sagte ich einverstanden — und wußte genau: wenn ich nicht von einer Woche gesprochen hätte, hätte er gesagt: für jedes Vierteljahr. . .

Gegen freie Kost also und zehn Dinar, das sind siebzehn Pfennig pro Monat, war ich als Hirt engagiert, für die Zeit von Hassans Krankheit. Lange konnte sie nicht mehr dauern: ich sah, daß alles, was der Kranke ungeniert und unbehindert auf den Hüftenboden spie, eitel Blut und Gewebe war. Von der zweiten Nacht an, die ich mit dem Hirten lebte, vermochte er sich nicht mehr aus dem Raume zu schleppen und schlief drinnen, wo auch die beiden Frauen schliefen.

Denn wir andern gingen hinaus und entzündeten Feuer, jeder an einer anderen Stelle zwischen den Schafen, die vor dem Hause weithin gelagert sich wellten. Tier an Tier, wie ein im Wogenschlag erstarrtes, graues Meer. Jeder legte, ehe er die handgewebte Schafwolldecke über die Steine breitete, einen dicken Strick aus ungewaschener Schafwolle in einem Kreis um sich herum und suchte die Kreisfläche sorgsam nach Skorpionen ab; der Strick wurde von diesem gefährlichen Ungeziefer nie überschritten. Jeder fuhr auf, wenn

die Hunde anschlügen, und schwang einen Feuerbrand und schrie laut, daß die Karstwände weithin dumpf schollen: „Wuf, Wuf!“ — aber es half nicht immer; fast jeden dritten Tag riß Wuf ein Schaf oder eine Ziege.

Tagüber trieben wir die Herden über die steinigen Hochflächen des Karst, stundenweit manchmal; nur in grauen, zerfranften Büſcheln wuchs das feste, harte Gras zwischen dem Schotter. Die Hunde waren nicht gut abgerichtet, sie hatten mit der Sorglosigkeit deutscher Schäferhunde nichts gemein; so mußte oft der Hirt selbst hinter verſtiegenen Schafen her sein, es war nicht immer ungefährlich, und meine Stiefel gingen dabei zugrunde und mußten gegen Spanken vertauscht werden — man ließ mir ein paar alte gegen die zehn Dinar, die meinen Barlohn bilden sollten. Auch Anja, das Mädchen, trieb so ihre Herde, obwohl sie, wie ich inzwischen bemerkt hatte, hochschwanger war. Niemand in der Hütte sprach mit ihr darüber und sie ging mit trotzigem und verſchloffenem Gesicht zwischen ihren Eltern und ihren beiden Brüdern hindurch. Nur um den Kranken, langsam verſchwindenden Hassan schien sie sich zu kümmern; auch glaubte ich bemerkt zu haben, daß sie als einzige den Vornamen Hassan anwandte, während die übrigen stets den vollen Namen Hassan Chardan sprachen; ich vermutete viel, aber ich erfuhr wenig oder nichts; als ich einmal vor einem der Brüder vorsichtig die Rede auf Anjas Zustand brachte, wich er mir höflich, aber entschieden aus.

So gingen die Tage zwischen Bergwind und Bergstille, tags war die Sonne nahe und nachts die ruhig kreisende Scheibe der Sterne, zuweilen war Wuf nahe und immer die Schafe, ihr Blöken war die Stimme, ihr zottiges Fell das Gewand, ihre Milch der Trank, ihr Käse die Speise dieser Welt — und eines Abends am Feuer erzählte mir der Vater eins der ſeltſam klugen, fast nüchternen mazedonischen Märchen, das kindlich und weise war in seiner Einfachheit wie dieses Leben, das es gestaltet hatte:

Es erzählte von der grauen Frau Sorge, die den Berg hinauf und in die Hirtenhütte wollte. Aber ihr begegnete auf dem schmalen Pfade das Lamm, das sagte ihr: „Was willst du in dieser Hütte? da kannst du nicht wohnen, da wohne ich!“

Die Sorge aber ließ sich nicht abweisen; sie wollte, antwortete sie, ſürſteb nehmen mit der Ede, die gegen Mittag liege — dort werde es auch warm sein, nicht nur am Feuer. „Da kannst Du auch nicht wohnen“, sagte aber das Lamm, „da steht meine Milch!“

(Fortsetzung folgt.)

Krieg um eine Trommel

Eine exotische Geschichte / Von S. Richards

Der Monsum schlief. Madagassen, vom Stamme der Antafasys, setzten lärmend über den Fluß. Sie hatten einen Kriegszug gegen die Ochsenräuber an der Mündung des Flusses beschlossen.

Im Süden Madagaskars, wo die Laguneninseln sich weit ins Meer hineinschieben, ist eigentlich immer Krieg. Die schwarzbraunen Menschen schlachten sich nach der Stammesordnung ab und reiben sich allmählich auf nur der Ochsen wegen. Ochsen, blauehörnte Zebus, sind der Reichtum aller Stämme. Wer Büffel hat, kann alles haben: Reis, Maniok, Schnaps und ... glatthäutige Frauen. Warum also, sollte man um Ochsen keine Kriege führen?

Lobagola, der Häuptling der Antafasys, hatte allen Grund dazu!

Die Regenzeit war gekommen. Bei den Ochsenräubern an der Küste hatte sich eine Gruppe Europäer vor den Wasserfluten in Sicherheit gebracht. Mitten in der Nacht, der Monsum hatte eben nach Regen über den Ozean gehetzt, schlug plötzlich der Wind um; die schwarze Wolkenbank rief sich auf, und der Mond stand wie ein goldener Kürbis am Himmel. Von den Bergen herab stieg dumpfes Brummen der heiligen Trommeln. Die Antanas beteten zu ihrem Gotte, der groß und schwarz, wie das Holz der alten Trommel war.

„Tom... tom... tom... tom...“ brummte es über die Ebene hin. Schlaftrunken stürzten die Europäer aus den Zelten und hörten staunend den nächtlichen Gebetsruf der Antanas. Beim Morgenrauschen riefen sie Sita, den Häuptling der Ochsenräuber, ins Zelt. Die weißen Männer wollten den Standort der heiligen Trommel wissen. Sita schwieg, er war kein ungläubiger Hund. Die Europäer warfen bunte Münzen auf den Tisch. Mit sprechender Geste wiesen sie auf die klingenden Goldstücke.

„Zwanzig Guineen, Sita, zwanzig sollst du haben!“

Der Häuptling schwieg.

„Dreißig... du...?“

Die rote Lamba zitterte, eine leise Bewegung um Sitas Kopf, er blieb stumm.

Immer höher stieg das Angebot, kaum vermochte der Häuptling den Zahlen zu folgen. Begriffe verwischten, Bier leuchtete aus den Augen. Langsam und schweigend zählte Sita und bedachte: „Hundert Guineen... das ist viel Schnaps vom Howahändler, das sind sammelhäutige Ochsen, das ist Tanz und Lust!“

Die Sinne wirbelten durcheinander, automatisch setzte sich das Gebiß des Häuptlings in Bewegung. Die Zähne mahnten, als müßten die großen Gedanken zerleinert werden, bevor Entschlüsse in diesem wuchtigen Schädel zeitlich konnten.

Sita blieb stumm!

„Hundertundzwanzig, Häuptling, und das Messer für dich...!“

Berräterisch juckten des Schwarzen Hände, sein Mund öffnete sich, um das Mahigut auszuschütten. Sita aber schwieg.

„Das letzte Wort Häuptling... hundertundfünfzig...?“

Sita juckte auf! —

Das Geheimnis der schwarzen Trommel wurde um diesen Preis verraten. Für einhundertundfünfzig Guineen versprach der Häuptling der Safys an der Flußmündung, die Trommel herbeizuschaffen und den Europäern nachzusenden. Es war die letzte der elf heiligen Trommeln, die einst den Aufstand gegen die Howas über die ganze Insel gebrüllt hatten.

Hinter Mangroven, Schluffump und blütenschwerem Dornengebüsch wohnortwärt, donnerte der Urwald sein unerforschliches Lied. Riesensiedermaße, vom faulig süßen Geruch wilder Orchideen angezogen, flatterten trunken hin und her. Der Botumol grunzte in den Zweigen. Aus dem Fluße stieg warmer Dunst empor, blieb träge auf den Bässern stehen und malte im dröhnenden Läuten der Glockenröhre. Lautlos schossen zwei Kanus durch die Stromschnellen. Wie ein Sarg bemalt, so lag die heilige Trommel quer über den Booten. Im schüßigen Dunkel der afrikanischen Nacht fühlten sich die rudierenden Safytrierer geborgen. Ihre Beute hatten sie vor wenigen Tagen gegen Buschmesser, Schnaps und andere kostbaren Dinge bei den Bergstämmen eingetauscht. Keine drei Guineen war ihr Angebot wert gewesen. Sie konnten nicht wissen, das wandernde Howahändler, die alle Stämme im Süden heimlich mit Schnaps versorgten, das erstaunliche Angebot der weißen Männer dem Urwalde schon verraten hatten.

Plötzlich zirkte ein Speer vor den Booten ins Wasser. Die Ruderer schreckten auf. Zahlreiche Kanus schossen zur Strommitte hin, Fadelbrände loderten auf. Die schwarzäugigen Krieger der Antafasys hatten das Dunkel des Flusses belauert, die heilige Trommel des Ochsenberges ward ihre Beute. Sita, der rote Hund eines Ochsenräubers, sollte nicht ungestraft die Götter beleidigen.

Am Morgen fuhren die Safytrierer mit leeren Booten heim, nur eine Botenschaft Lobagolas, vom Howahändler ausgelegt, führten sie mit: „Sita... du willst die heilige Trommel des Ochsenberges an die Weißen verkaufen. Die Trommel, die unsere Väter zum Kampfe rief... Die Antafasys bleiben ihren Geistern treu, die Trommel bekommst du nicht... Willst du die Trommel haben, dann gib zwanzig Guineen, als Opfer! Zwanzig, Sita... und meine Krieger bringen die Trommel zur großen Furt...“

Sita ließ die Botenschaft verlesen. Er trank und schwigte vor Mut. Keiner wußte Rat, die alte Trommel war nicht wieder herbeizuschaffen. Die heilige Trommel... das beste Geschäft mit den weißen Männern!

Endlich stieß Tutor den Speer in den Sand, die Versammlung schwieg. Er schlug vor, eine neue Trommel zu schlagen, die alte wäre ohnehin den Preis nicht wert gewesen.

Reges Leben herrschte seit dieser Stunde im Dorfe der Safys an der Flußmündung. Sie hählten einen Stamm. Die Frauen füllten die Höhlung mit Flußwasser und warfen glühende Steine hinein. Unter dem Druck des siedenden Wassers weitete sich der Stamm allmählich zur bauchigen Form der großen Trommel. Als die Schalllöcher eingeschnitten waren, malte der Schamane seltsame Zeichen auf das geschwärzte Holz und dann brachten große Kriegstanz in feierlichem Zuge die Trommel über die Lagune zum Hafen von Majanga.

Reich beschenkt, die Beutel voller Guineen, so kehrten die Ruderer singend heim und bald rief mit höflichen Schlägen die Urwaldtrommel zum großen Palanar. Drei Tage währte die Orgie aus Schnaps, Schweiß und stampfenden Frauenleibern, dann war die Zeit des Aufbruchs gekommen.

Die Herde der Antafasys weidete auf den Bergmatten. Die Hirten trieben die Tiere zusammen, löschten die Feuer und legten sich zur Ruhe in die Grashütten. Kaira, der Älteste, träumte von Haduna, dem weißen Stier. Mitten in der Nacht schreckte er auf. Es war, als riefte der weiße Stier aus der Ferne herüber. Kaira kroch frierend aus der Hütte und horchte in das Grasland hinaus.

Da war der Ruf: „U... uuuhm... a... uuuhm...!“ Der Alte witterte sofort Gefahr. Nichts trotz er in die Hütten und weckte die Hirten. Ueber die friedlich lagernde Herde wehte der klagende Ruf: „U... uuuhm... uuuhm!“ Es war ein Jungstier, der aus dem Regenwald herüberblökte. In breiter Reihe bewegten sich die Hirten über die dampfende Wiese. Immer näher kamen sie an den Busch heran. Der Rarm animalischen Lebens tropfte ihnen aus dem Baumgewirr des Regenwaldes entgegen. Mit dem Blöten des anglo-vollen Stiers gemischt, klang es, wie die großartige, unartikuliert Sprache urzeitlicher Natur.

Plötzlich spie der Wald eine Schar brüllender Reger zur Herde hinüber. „Hui... hui... iih...!“ schrie und pfiff es überall. Safts... Die schwarzen, gräßlich bemalten und gefetteten Teufel sprangen speerschwingend die Hirten an. Feuerbrände jagten vor ihnen her. Das Geschrei der Feinde, das Stöhnen niedergerannter Hirten, das Brüllen und Stampfen der flüchtenden Tiere, knirschende Feuer und schwirrende Speere, alles vereinigte sich zu einem mörderischen Abgesang beim Untergange des Reichthums der Antafasys.

Wilhelm Wundt

Zum 100. Geburtstag / Von Dr. Bruno Allmann

Der Politiker.

Mit der Gewohnheit des deutschen Gelehrten alten Stils, der Wissenschaft ausschließlich seine geistigen Kräfte zu widmen, hat Wilhelm Wundt als einer der ersten unter den großen Forschern Deutschlands gebröchen. Fichte, sonst nicht Wundts besonderer Liebling, ist hierin sein Vorbild gewesen. Wie der große Redner an die deutsche Nation vom Jahre 1808/09, wollte Wundt politische Befreiungsarbeit leisten, damit die geistige Freiheit, die Freiheit des Forschens, Lehrens, Immerweiterkommens seiner Ansehung ausgelegt sei. Fichte stand mit diesem Kampfsziel gegen Napoleon, Wundt gegen die Reaktion, die sich in den fünfziger und sechziger Jahren der Kultusministerien aller deutschen Staaten bemächtigt hatte.

Er stand, von 1865 bis 1871, als Abgeordneter der zweiten badischen Kammer zur Demokratischen Partei gehörend, auch gegen Bismarck und dessen Einheitspläne. Das Deutsche Reich wollte er freilich, aber er wollte es unter Einfluß Oesterreichs. Er sah für Deutschland nichts Gutes voraus, wenn ein Bismarckisches Preußen „federführende“ Macht im Reiche sei. Viel erreicht hat Wundt als Politiker nicht. Kurz vor Beginn des deutsch-französischen Krieges setzte er die Befreiung der akademischen Sondergerichtsbarkeit in Baden durch. Dann ging politisch alles wider seine Absichten. Er erwünschte die Annexion Elsaß-Lothringens. „Diese Angliederung“, schreibt er an den dafür begeisterten Theologen David Friedrich Strauß, „wird kein Segen für Deutschland sein und der erfolgreiche Staatsmann in Berlin wird sie vielleicht am allerbittersten bereuen.“ Als die Souveränität Badens durch die Unterstellung seiner Wehrmacht unter das preußische Kriegsministerium eine besonders empfindliche Einschränkung erfuhr, zog er sich für lange von aller öffentlichen politischen Tätigkeit zurück. Dem Mannheimer Sohn, zeitweilig gut weltbürgerlich gesinnt, sah tief der Groll gegen das reaktionäre Preußen.

Im Weltkrieg trat Wundt mit zwei politischen Befundungen vor. Er unterzeichnete das viel angefochtene Dokument der 93 Hochschullehrer. Die andere Befundung war indirekt politisch. Als Werner Sombert mit seiner grotesk-albernen Schmähchrift „Händler und Helden“ die deutschen Gelehrten müßtergütig auf ein ganzes Jahrzehnt blamierte, rettete Wundt ihre wissenschaftliche Ehre mit dem Buch „Die Nationen und ihre Philosophie“. Durch Zusammenarbeit der philosophierenden Persönlichkeiten aus aller Herren Länder ist diese Wissenschaft wie jede andere eine Kulturpotenz geworden; von solcher Zusammenarbeit hängen alle weiteren Fortschritte ab. Das war das gut belegte Ergebnis seiner Untersuchung. Es war die Publikation, mit der sich Wundt, 83 Jahre alt, verabschiedete. Gelebt hat er bis 1920.

Der Forscher.

Der Forscher Wundt war viel größer als der Politiker. Eigenartig hat er schon begonnen. Zu einer Zeit, da alles aus der Philosophie stichtete, weil angeblich die Einzelwissenschaften deren Probleme besser bewältigten, wandte er sich, von der Medizin kommend, der Philosophie zu. Ihn quälten die ewigen Probleme des Zusammenhangs von Leib und Seele, die faustische Frage nach dem Wesen und der Verfassung des Universums und diese Probleme, davon war er überzeugt, könnte wenn überhaupt eine Disziplin, so nur die Philosophie lösen. Freilich keine bloß aus allgemeinsten Begriffen ableitende und zu Weltanschauungen aufsteigende Philosophie vorkantischen Stils. Mit möglichst umfangreicher Verwendung der Spezialwissenschaften müßte der Philosoph arbeiten, anderenfalls würden seine Bemühungen im Problembereich der Philosophie fruchtlos bleiben.

Es fragte sich, welche Spezialwissenschaft, denn nicht alle haben gleichen Vorbereitungswert. Die zeitgenössischen Gelehrten um 1860/70 herum, wiesen ihre Schüler in diesem Falle so gut wie immer an die Naturwissenschaften. Wundt, auch hierin selbständig, lehnte Einseitigkeiten ab. Gemiß, auch von den Naturwissenschaften konnte man zur Philosophie hinüberleiten, aber mindestens ebenso brauchbare Stützpunkte gebe die Psychologie her.

Mit dieser Entscheidung hatte sich Wundt selbst in eine schwierige Situation begeben. Die Psychologie, welche bei seinem Eintritt in die Forschung vorlag, war überhaupt zu nichts, am allerwenigsten für philosophische Schlusswendungen, zu gebrauchen. Man hatte sich auf den Universitäten von Herbert Spencer einreden lassen, daß die Seele über einen einzigen Realgehalt, über die Vorstellungen, verfüge. Aus Vorstellungen entstünden Gefühle, Affekte, Standpunkte. Charaktere nebenbei, aber wirklich existent in psychischer Eigenschaft seien nur sie, die Vorstellungen.

Mit dieser Beschränkung hat Wundt Schluss gemacht. Gefühle, Empfindungen, Affekte sind selbständige Elemente des Seelenlebens wie Vorstellungen auch. In einem einheitlichen Akt treten sie bei jeder psychischen Aeußerung auf, bald das eine Element vorherrschend, bald das andere und alle stets unter der formenden Gewalt des Willens. Damit hatte Wundt der Seele theoretisch die unergründliche Reichhaltigkeit wiedergegeben, die sie besitzt. Die Psychologie besetzte er noch um zwei anderen Einseitig-

Mit den besten Stücken verschwanden die Ochsenräuber in den düsteren Bergschluchten.

Wie stürziger Nebel lag es auf den Hirnen von Lobagolas Krieger, als Kaira vom Ochsenraub berichtete. Die Hälfte aller Hirten war nicht mehr, zwölf der besten Stiere hatten die roten Hunde rauben können. Schweigend hörte Lobagola den Bericht. Auf den fahlgrauen Schläfen stand fatter Schweiß, wie Milch. In den Zeltaugen blitzte Mordlust. Ein Wort nur schied er in die wartende Stille der lauschenden Männer: „Krieg!“ Die Losung fiel, im befreiten Aufatmen erlosch die gährende Unrast der Krieger. Während Lobagolas Männer über den Fluß setzten, brüllten die Trommeln den Krieger der Antafasys durch das Urwaldbüsch. Wie ein tolles Echo wirbelte der Ruf von Dorf zu Dorf, und blieb gewitterschwer über den fernen Tälern der Berge.

Bald wird das Morden im Flußtal wieder anheben, dort, wo seit Jahrhunderten um die Freiheit gekämpft wird. Bis Trompeten die Antunft der Kolonialtruppen melden, denn... eigentlich ist der Krieg zwischen den Stämmen im Süden Madagaskars verboten. Dann sinkt der Busch in sein drohendes Schweigen zurück, aus dem nur in Vollmondnächten das dumpfe Brummen der heiligen Trommel vom Ochsenberge klingen wird. Jener Trommel, von der Europäer behaupten, das sie längst in einem ihrer Museen von Vergangenen träume...!

feiten. Selbstbeobachtung, sagte die amtliche Wissenschaft damals, sei die einzige Methode der Psychologie. Wundt zeigte, die Lehren Fechners und Webers über die Beziehungen von Reiz und Empfindung fortführend, daß neben der Selbstbeobachtung das Experiment als Hilfsmittel der psychologischen Forschung zu gebrauchen sei. Dem Experiment seien prinzipiell alle seelischen Tätigkeiten und Qualitäten unterwerfbar, selbst so komplizierte wie Gedächtnis, Begabung, Charaktere. Ohne Zweifel sind die wichtigsten psychischen Ergebnisse durch experimentierende Bearbeitung erzielt worden.

Seelisches Leben erkannte man feinerzeit nur dem Individuum zu. Auch die Rassen, die menschlichen Gemeinschaften, die Völker haben seelisches Eigenleben, machte Wundt dagegen geltend und in seinem monumentalen Werk, in der zehnbändigen Völkerpsychologie, hat er die typischen Aeußerungen des Völk- und Gruppenlebens beschrieben.

Mit alledem war die Psychologie vorerst auf die Beschreibung hingewiesen. Für eine Wissenschaft, die erklären will, die außerdem sich an das Vorbild der Naturwissenschaft hält, genügt die Beschreibung allein nicht. Die braucht Gesetze. Fechner, Weber, Locke haben sich daran versucht. Wundt ist die Aufstellung von Gesetzen gelungen.

Die drei Gesetze der Seele.

Alles seelische Verhalten untersteht drei Gesetzen. Zunächst dem „Prinzip der schöpferischen Resultanten“. Eine Melodie ist mehr als die Summe der sie formierenden Töne; jede räumliche Vorstellung umfaßt mehr als die additive Verbindung der Raumeile; ein Affekt bedeutet mehr als die ihn erregenden Einzelgefühle. Die schöpferische Persönlichkeit schafft dieses Plus. Ein Gesetz, das in der Tat viele Erscheinungen erklärt. In der Kulturgeschichte beispielsweise das Wesen der Originalität. Wer ist noch originell? Man hat das, besonders in den vergleichenden Wissenschaften aus, fast allen Genies abgestritten. Sie sollen nichts weiter als Epigonen und Imitatoren ihrer Vorgänger sein. Karl Margens Lebenswerk soll beispielsweise nichts als ein Gefüge der Lehren Smiths, Ricardos, Cantos, Owens und der populären Aufklärer a la Molefchott, Feuerbach, Büchner sein. Freilich, die Bestandteile sind schon vor Marx da, aber darum fehlt noch lange nicht die Originalität. Dank Wundts Prinzip von der schöpferischen Resultante wissen wir: in der Verbindung der Elemente zum Gesamtwerk zeigt sich die schöpferische Leistung.

Das psychische Gesetzen folgt — Wundts zweites Gesetz — dem „Prinzip der seelischen Kontraste“. Eine populär gewordene Weisheit. Literatur und politische Geschichte liefern allbekannte Beispiele. Auf Cäsarismus folgt Demokratie, auf Imperialismus Saturierung und umgekehrt. Bis in die Geschichte der Moden, der sittlichen Anschauungen, des religiösen Verhaltens läßt sich die Herrschaft dieses Gesetzes nachweisen.

Wundt selbst sieht als seine bedeutendste Entdeckung das dritte psychische Gesetz an. Er nennt es „Heterogenie (Entgegen-gesetztheit) der Zwecke“. Die Wirkungen menschlicher Handlungen reichen vielfach über die ursprünglichen Absichten hinaus. Dadurch entstehen neue Motive, neue Pläne, Gestaltwandlungen, neue Lebensstile. Keiner menschlichen Existenz von nur durchschnittlichem Lebensschwung bleibt dieser Umschlag erspart. Unser Lebensweg biegt mehr oder minder oft von unseren Ausgangsplänen ab und zum Schluß sind wir andere Menschen, als wir ursprünglich werden wollten. Es ist ein Segen, daß auch die geistig-gesellschaftliche Bewegung dem Wandel unter dem Prinzip der Zweckabiegung ausgeht ist. Auf diese Weise — Wundt legt das genau in seiner „Völkerpsychologie“ dar — ist Kultur entstanden und zur Entfaltung gelangt. Aus der sinnlichen Begehrlichkeit und sexuellen Willkür der Rassen entstand so die Ehe; aus dem Mythos die Religion; die Kunst, die Wissenschaft; aus der täglichen Beflogenheit die Sitte, die Moral und das Recht; aus der Gemohnheit des gelegentlichen Schenkens und Tauschens die Wirtschaft.

Wundts Lebenswerk.

Zu guter Letzt bemächtigte sich das Prinzip der Heterogenie an Wundt selber. Er hatte sich in die Spezialwissenschaften hineingekniet, um zur Philosophie zu gelangen. Auch die Psychologie sollte nur Durchgangsstadium sein. Sie wurde sein Lebenswerk.

Schließlich hat er sich — von der Psychologie aus, speziell von der Völkerpsychologie, der marxistischen Denkweise genähert. Ihre weltanschauliche Grundlage, den historischen Materialismus, hat er zwar abgelehnt. Indem er aber mit allem Nachdruck die Bedeutung des gesellschaftlichen Faktors in der Kulturentwicklung hervorhob, indem er darlegte, daß Phänomene wie Sprache, Mythos, Legende, Recht, Sittlichkeit, Wissenschaft als gesellschaftliche Prozesse entstehen, folgte er Karl Marx, der feinerzeit mit der gleichen Schärfe auf das gesellschaftliche Moment als Antriebskraft der geistig-gesellschaftlichen Entwicklung hinwies. Hätte sich Wundt dazu verstehen können, den ökonomischen Bedingungen die Gestaltungsfrist einzuräumen, welche sie wirklich haben, so wäre die monumentale Völkerpsychologie ein Hauptwerk der marxistischen Literatur geworden.

Die Bergarbeiter im Glend.

Sie müssen kämpfen. — Ihnen die öffentliche Sympathie!

Im Kalenderjahr 1931 hatte die Produktion im Kohlenbergbau bereits einen solchen Tiefstand erreicht, daß Optimisten annahmen, ein weiteres Absinken würde nicht mehr eintreten. Nachdem die Produktionsstatistik für das erste Halbjahr 1932 vorliegt, müssen sich diese Optimisten vom Gegenteil überzeugen.

Gewiß war der Produktionsausfall im Jahre 1931 gegen 1929 schon beträchtlich. Er betrug bei Steinkohle 27,4 Proz., Koks 42,41 Proz., Braunkohle 23,63 Proz. und Braunkohlenbriketts 23,02 Proz. In welchem Umfang sich die Krise im laufenden Jahr noch weiter ausgewirkt hat, darüber gibt nachstehende Tabelle Aufschluß.

Die Erzeugung betrug in Millionen Tonnen:

	Steinkohle	Koks	Braunkohle	Braunkohlenbriketts
Erstes Halbjahr 1929	78,48	18,59	84,62	20,33
1930	73,34	17,49	71,47	16,60
1931	60,26	11,97	62,55	14,75
1932	50,32	9,46	58,14	14,13

Der Rückgang der Steinkohlenförderung und der Kokszerzeugung ist auch gegen das erste Halbjahr 1931, das schon recht trügerisch von der Krise verfolgt war, beträchtlich. Gegen 1929 ist der Produktionsrückgang einfach katastrophal. Die Steinkohlenförderung sank um 35,88 Proz., die Kokszerzeugung um 48,57 Proz., die Braunkohlenförderung um 31,34 Proz. und die Braunkohlenbriketterzeugung um 30,48 Proz. Trotz dieser großen Produktionsausfälle ist nicht zu sagen, daß der Tiefstand erreicht wäre. Nur hoffen kann man es.

Die Wirkung der Krise ist von Revier zu Revier unterschiedlich, wie aus folgender Tabelle ersichtlich wird. Die Förderung betrug in Millionen Tonnen:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	Niederschlesien	Kölnen	Sachsen	Niedersachsen
Erstes Halbj. 1929	59,23	10,58	3,02	2,86	2,06	0,73
1930	55,91	8,67	2,91	3,28	1,80	0,75
1931	44,01	8,23	2,33	3,40	1,60	0,69
1932	35,11	7,32	2,14	3,54	1,53	0,66

In allen Steinkohlenrevieren, ausgenommen nur der Köchener Bezirk, ist also die Förderung im ersten Halbjahr 1932 gegen dieselbe Zeit der Vorjahre anhaltend zurückgegangen. Gegen das erste Halbjahr 1929 ist folgender Produktionsrückgang festzustellen: Ruhrbergbau 40,73 Proz., Oberschlesien 30,81 Proz., Niederschlesien 29,13 Proz., Sachsen 25,72 Proz. und Niedersachsen 9,6 Proz. Am stärksten ist der Produktionsausfall im Ruhrbergbau, dem größten deutschen Steinkohlenbergbaubezirk. Hier wirkt sich die Krise der Eisen- und Stahlindustrie des In- und Auslandes am härtesten im Rückgang des Kohlenverbrauchs aus, weil im Ruhrgebiet 85 Proz. des deutschen Kohlenbedarfes erzeugt werden. Im Gegensatz zu allen anderen Revieren konnte der Köchener Steinkohlenbezirk, als ein noch in der Entwicklung begriffenes Revier, seine Förderung auch in der Krise anhaltend erhöhen.

Auch der Braunkohlenbergbau wurde im ersten Halbjahr 1932 recht hart von der Krise betroffen, obgleich seine Produktion in der Form von Briketts, im wesentlichen ein Hausbrand- und weniger ein Industrieerzeugnis ist. Hier wirkt sich die große Arbeitslosigkeit aus. Von der Not gezwungen, müssen die Arbeitslosen auf ein gut geheiztes Zimmer verzichten.

Die größte Last der Abschichtung im Bergbau haben leider die Vermissten, die Bergarbeiter, zu tragen. Zu Hunderttausenden wurden sie entlassen, Millionen Feiertagslöhne wurden eingelegt und ihre Löhne tief herabgedrückt. Welchen Umfang der Belegschaftsabbau seit drei Jahren angenommen hat, beweist die nachstehende Tabelle.

Es zählt die bergmännische Belegschaft:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	Niederschlesien	Kölnen	Sachsen
Dezember 1929	361 087	60 413	26 968	22 532	17 804
1930	273 687	45 941	23 405	17 804	15 733
1931	209 678	42 134	16 841	15 733	15 733
Juni 1932	187 466	34 832	15 973	15 276	15 276

Innerhalb 2½ Jahren wurden in den genannten vier Steinkohlenbezirken 217 453 Bergarbeiter = 46,1 Proz. entlassen. Nur das Köchener Revier hat eine geringe Belegschaftszunahme. Trotz des anhaltend starken Belegschaftsabbaus wurden im Ruhrbergbau in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 5 486 900 und in Oberschlesien 716 400 Feiertagslöhne à 8 Stunden eingelegt, um die Kohlegewinnung einzuschränken. Die in Beschäftigung gebliebenen Arbeiter der beiden Reviere erlitten dadurch einen Lohnausfall von 42,62 Millionen Mark. Die Feiertagslöhne der anderen Bergbaubezirke werden leider nicht statistisch erfasst oder nicht bekannt.

Welche Entwicklung der Lohn in den letzten Jahren durch Schiedsprüche und Notverordnung genommen hat, zeigt folgende Uebersicht:

Baroerlöse für je Mann und Schicht in Mark:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	Niederschlesien	Kölnen	Sachsen
Monatsdurchschnitt	1929 9,—	6,85	6,56	7,94	7,70
Mai	1932 7,07	5,49	5,34	6,30	5,97

Der Lohn der Bergarbeiter wurde sonach um 18,6 Proz. bis 22,46 Proz. gekürzt.

Auch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sank der Lohn von 7,48 M. im Jahre 1929 auf 5,75 M. in der Gegenwart. Das sind 21,6 Proz. Ungefähr in gleichem Ausmaß dürfte auch der Lohn im rheinischen Braunkohlenbergbau zurückgegangen sein. Zu beachten ist aber, daß die Bergarbeiter im Monat nur 20 bis 21 Schichten, oft auch noch weniger verfahren können, und daß von dem Bruttolohn 12 bis 15 Proz. für soziale Versicherungsbeiträge und Steuern abgezogen werden. In den Familien der Bergarbeiter ist die Not zu Hause!

Wir entrollten ein überaus tragisches Bild von der Lage der Bergarbeiter.

Wie ist da zu helfen?

Die Bergarbeiterverbände haben die Initiative ergriffen, um Abhilfe zu bringen. Sie haben das Ueberarbeitsabkommen, das 1923 eingeführt wurde, im Ruhrbezirk gekündigt.

Damals galt es die Kohlennot zu beseitigen, heute gilt es die schädlichen Wirkungen der Ueberproduktion einzudämmen. Damals, 1923, wurde der in den Montellöhnen auch heute noch ver-

ankerten Siebenstundenschicht eine Stunde Ueberarbeit hinzugefügt. Damit leisteten die Bergarbeiter praktischen Dienst am Volke. Diese Ueberarbeit ist heute nicht nur nicht mehr berechtigt, sondern schädlich. Der schlagendste Beweis, daß sie nicht mehr benötigt wird, sind die vielen Feiertagslöhne, der Belegschaftsabbau und die Entwicklung des Förderereffektes je Mann und Schicht.

In den Steinkohlenrevieren hat sich der Förderereffekt der bergmännischen Belegschaft — es sind dies die bei der Kohlegewinnung und Förderung unter und über Tage beschäftigten Arbeiter — je Mann und Schicht wie folgt entwickelt in Kilogramm:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	Niederschlesien	Kölnen
Jahresdurchschnitt 1913	943	1139	669	764
1925	946	1154	660	709
1930	1352	1434	866	983
1931	1490	1579	896	988
Mai 1932	1620	1624	922	1067

Diese Tabelle unterrichtet über einen ungeahnten Aufstieg des Förderereffektes seit 1925, in welchem Jahr der Förderereffekt

demjenigen von 1913, abgesehen von nur geringen Unterschieden, am nächsten stand. Dieser Aufstieg wurde durch Mechanisierung der Kohlegewinnung und Förderung, durch positive und negative Rationalisierung und durch eine beispiellose Arbeitsintensität erreicht. Er hätte aber auch neben der Krise mit zur Folge, daß Zehntausende von Bergarbeitern beschäftigungslos und Hunderttausende von Feiertagslöhnen eingelegt wurden. Wenn nur dieses Ergebnis hätte erreicht werden sollen, dann könnte es als erfüllt betrachtet werden.

Um die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter zu erhöhen und gleichzeitig die Feiertagslöhne zu verringern, ist es ein Gebot der Stunde, zur Siebenstundenschicht im Bergbau zurückzukehren und die einstündige Ueberarbeit je Schicht abzubauen. Jeht noch Ueberarbeit von den Bergarbeitern zu verlangen ist sinnlos.

Die Unternehmer allerdings sind anderer Meinung. Sie wollen zwar auch den Begriff der einstündigen Ueberarbeit je Schicht aus den Tarifverträgen entwerfen, dafür aber die Achtstundenschicht grundsätzlich festgelegt wissen.

Wenn nicht ein großer und in seinen Folgen unübersehbarer Arbeitskonflikt im Ruhrbergbau ausgetragen werden soll, dann ist die Forderung der öffentlichen Meinung und der Regierung, den Bergarbeitern in ihrer furchtbaren Not helfend zur Seite zu stehen. Wird man dergleichen von der jetzigen oder künftigen Regierung erwarten dürfen? Auf alle Fälle tun die Bergarbeiter gut, sich so einzurichten, als müßten sie sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen.

Wo steht die Arbeitsbeschaffung?

Papen wird eifriger. — Die Wünsche der Reichsbank.

Am Sonnabend hat Hindenburg Hitlers Forderungen zurückgewiesen und ist nach Weidach zurückgekehrt. Vor seiner Abreise hat Hindenburg nach einer amtlichen Mitteilung zum Ausdruck gebracht, daß nach der jetzt geschaffenen politischen Klarheit mit größter Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Die Papen-Regierung verfolgt sicherlich auch innerpolitische Zwecke, wenn sie jetzt in der Frage der Arbeitsbeschaffung einen größeren Eifer zeigt; zum mindesten wird die politische Stellung der Nazis nicht gestärkt, wenn es gelingt, größere Teile der Jugend, gleichviel mit welchen Mitteln, in Arbeit zu bringen.

Die am Montag von einem Hugenberg-Blatt gebrachte Nachricht, zwischen der Reichsregierung und

dem Reichsbankpräsidenten Luther

beständen wegen der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung sehr scharfe Gegensätze, so daß die Reichsregierung gegen Luther vorgehen werde, ist höchstwahrscheinlich falsch. Hier war offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens. Es sieht vielmehr so aus, daß die Reichsbank der erforderlichen Diskontierung von Wechseln zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung grundsätzlich zustimmt, daß sie aber Wirtschaftswachstum verlangt, und daß sie im übrigen von der Reichsregierung innerhalb einer bestimmten Frist die steuer- und anleiheemäßige Fundierung der zu gewährenden Arbeitsbeschaffungskredite fordert.

Das sind Wünsche, die durchaus begreiflich und berechtigt sind, und von denen man kaum erwarten kann, daß es ihretwegen zu einem Konflikt in der Reichsregierung kommt.

Auf der anderen Seite sind zweifellos die der Regierung Papen zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten sehr viel schlechtere als die der gestürzten Brüning-Regierung. Das Kabinett Brüning hatte die von der sozialdemo-

kraatischen Reichstagsfraktion beantragte Arbeitsbeschaffungsanleihe in ihr Programm aufgenommen. Unter Brüning wäre sie sicher ein Erfolg gewesen. Unter Papen würde sie nach der Abweisung Hitlers sicher von einem Teil der sogenannten „aufbaumilligen Kräfte der Nation“ sabotiert werden. Wozu wäre man auch aufbaumillig? Immerhin aber hat sich auch die Papen-Regierung der von der

Sozialdemokratie ins Volk getragenen Erkenntnis nicht entziehen können, daß durch Maßnahmen des Staates Arbeit in größtmöglichem Umfang geschaffen werden muß.

Es bleibt nicht bei den ersten 135 Millionen Mark (110 für Straßen- und Wasserbauten, 25 für Reklamationen), es bleibt auch nicht bei den aus der Juni-Notverordnung bereitgestellten 50 Millionen für den freiwilligen Arbeitsdienst, der 100 Millionen Bürgschaft für Hausreparaturen und den im Etat vorgesehenen 100 Millionen für Siedlungsarbeiten. Die Reichsregierung hat weitere 200 Millionen in Aussicht genommen, von denen neue 50 Millionen dem freiwilligen Arbeitsdienst, 12 Millionen der Abwrackung von Schiffen, 10 Millionen dem Bau von neuen Heringsloggern und der Rest von rund 130 Millionen weiteren Erdbewegungsarbeiten (Straßen- und Wasserbauten, sowie Reklamationen) dienen sollen. Für die erstgenannten 135 Millionen hatte die Reichsbank Finanzierungshilfe schon zugesagt. Für die letzten 200 Millionen erwartet man die Reichsbankhilfe bei der Finanzierung, die, wie gesagt, auch sinnvoll ist, sobald die längerfristige Fundierung ernst ins Auge gefaßt wird.

Die Einzelpläne für die Arbeitsbeschaffung liegen noch nicht fest; sie werden in den Ministerien zwischen den einzelnen Referaten noch verhandelt. Die Regierung Papen wird auch an der Arbeitsbeschaffungsanleihe nicht vorbeikommen, die als Forderung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch dem neuen Reichstag vorgelegt werden wird.

Gegen die Margarinesteuer.

Ein Protest der Gewerkschaften.

Die Vorstände des ADGB und des AFlA-Bundes haben am 10. August an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf die sozial und wirtschaftlich gleich bedenklichen Folgen der geplanten Margarinesteuer hinweisen. Das Schreiben lautet:

Unter den Maßnahmen, die zur weiteren Stützung der deutschen Landwirtschaft erwogen werden, erscheint uns die Absicht einer Besteuerung der Margarine besonders bedenklich.

Da die Margarine nur wegen ihrer Billigkeit und daher zwangsweise gerade von den unbemittelten Volksteilen gekauft wird, würde eine Margarinesteuer eine Sonderbesteuerung für diejenigen darstellen, die bereits aus bitterer Armut zu Ersatzstoffen greifen müssen. In einer Zeit aber, in der weniger als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten noch volle Beschäftigung findet, in der die Einkommen ständig sinken, eine derart unsoziale Maßnahme eine gefährliche Verzweiflungs- und Empörungstimmung hervorrufen.

Auf der anderen Seite würde diese Sondersteuer der Landwirtschaft keine Hilfe bringen. Denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist keineswegs ausreichend, um von der Margarine, auch wenn sie verteuert wird, zu der immer noch viel teureren Butter übergehen zu können. Im Gegenteil: der Zwang, höhere Einkommensbeiträge in Margarine anzulegen, würde nur zur Folge haben, daß die Ausgaben für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse — Obst, Gemüse, Butter und Fleisch an Festtagen usw. — zum Schaden der Landwirtschaft noch weiter zurückgehen müßten.

Die Einführung einer Margarinesteuer würde nur unsere Vermutung bestätigen, daß die Erhöhung der Butterzölle, die für die Exportindustrie bereits außerordentlich schädliche Auswirkungen zeitigt, der Landwirtschaft nichts genützt hat. Die Margarinesteuer würde einen weiteren kräftigen Industriezweig bedrohen, ohne der Landwirtschaft Entlastung zu bringen.

Die Gewerkschaften haben häufig genug betont, daß sie die Notstände in der Landwirtschaft Verständnis haben und geeignete Hilfsmassnahmen begrüßen. Aber diese Maßnahmen dienen nicht die Interessen anderer Bevölkerungsschichten, insbesondere der unbemittelten Volksteile, gräßlich verletzen.

Eine Abschrift dieses Briefes lassen wir dem Herrn Reichsanwalt und den anderen Herren Ministern zugehen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,

gez.: Seipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund,

gez.: Aufhäuser.

Um die Versicherten- Dividende.

Reichsaufsichtsamt verbietet Vorschüßung zu Reklamezwecken

In der Lebensversicherung spielen die Gewinnanteile, die den Versicherten zugeschrieben oder zum Teil ausbezahlt werden, eine große Rolle. Denn die Kosten, die ein Versicherter für eine bestimmte Lebensversicherung aufzuwenden hat, vermindern sich um diese Gewinnanteile. Je größer der Gewinn einer Gesellschaft und je höher der Anteil der Versicherten an diesem Gewinn ist, desto günstiger stehen die Versicherten da.

Diesen Umstand haben die Versicherungsvereine in ihren Werbeprospekten stark ausgenutzt, indem sie Berechnungen über die wahrscheinliche Gewinnbeteiligung in späteren Jahren anstellten, die den Zahlungsverpflichtungen der Versicherten gegenüberstellten und durch Aufrechnung die Nettokosten oder Baraufwendungen für eine Versicherung zu ermitteln suchten. Das waren stets nur Schätzungen, für deren Erfüllung die Gesellschaften keinerlei Verpflichtung als das Risiko eines Prestige-Verlustes eingingen; ohne Zweifel wurden sich aber viele Versicherte über den Schätzungscharakter dieser „Berechnungen“ nicht klar. Und so hat das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung alle diese Berechnungen in den Werbeprospekten verboten, selbst wenn auf den Schätzungscharakter hingewiesen wird und die Voraussetzungen für diese Schätzungen angegeben werden. Als Begründung für diesen Schritt gibt das Reichsaufsichtsamt an, daß niemand heute auch nur annähernd die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung vorhersehen und noch weniger mit irgendeiner Wahrscheinlichkeit vorherberechnen könne.

Das Verbot ist zweifellos gerechtfertigt; nur wenn es früher erfolgt wäre, hätte es einen besseren Eindruck gemacht. Denn die angeführten Gründe sind ja alles andere als neu. Und vielleicht kommt den Gesellschaften, die doch ihre Vertreter in Versicherungsbeiräten haben, dieses Verbot jetzt mit dieser Begründung nicht unangelegen. Denn wenn nicht alles täuscht, ist die Sonderkonjunktur der Lebensversicherungen jetzt auch vorbei.

